

FRANK BAJOHR

GAULEITER IN HAMBURG

Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns

Bereits unmittelbar nach 1945 entzündeten sich an der Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, der von 1929–1945 als NSDAP-Gauleiter und ab 1933 auch als Reichsstatthalter in Hamburg amtiert hatte, heftig geführte Kontroversen, die das Bild des nationalsozialistischen Hamburg bis heute geprägt haben¹.

Die kampflose Übergabe Hamburgs an die Alliierten am 3. Mai 1945, die nach allen Erkenntnissen der neueren Forschung von Kaufmann planmäßig vorbereitet und bewußt herbeigeführt worden war², bildete bereits unmittelbar nach 1945 den Nährboden für zahlreiche Rechtfertigungslegenden, die zunächst vor allem im Umfeld der ehemaligen Nationalsozialisten grassierten. So verfaßten die in britischer Internierung einsitzenden politischen Leiter der Hamburger NSDAP eine gemeinsame Rechtfertigungsschrift, die in dem Satz gipfelte³:

„Wir Hamburger Politischen Leiter nehmen für uns in Anspruch, daß die Persönlichkeit unseres Gauleiters uns davor bewahrt hat, Handlungen zu begehen, bzw. Kenntnis von solchen Plänen und Taten zu erlangen, die im Nürnberger Urteil dem Führerkorps als verbrecherisch zur Last gelegt werden.“

¹ Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den ich am 28.10. 1993 unter dem Titel „Hamburgs ‚Führer‘. Karl Kaufmann als Gauleiter und Reichsstatthalter“ an der Universität Hamburg gehalten habe. Er ist Teil eines umfangreicheren Forschungsprojekts des Verfassers zum Thema „Bürgertum und Nationalsozialismus. Traditionelle Führungsschichten und plebejische Massenbewegung in Hamburg 1933–1945“. Zu den historischen Kontroversen um die Person Kaufmanns und die NS-Herrschaft in Hamburg siehe Joist Grolle, Schwierigkeiten mit der Vergangenheit. Anfänge der zeitgeschichtlichen Forschung im Hamburg der Nachkriegszeit, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd.78/1992, S.1–65; Axel Schildt, Lokalhistorische Erkundungen des Nationalsozialismus – das Beispiel Hamburg, in: Heide Gerstenberger/Dorothea Schmidt (Hrsg.), Normalität oder Normalisierung. Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, Münster 1987, S.149–159. Zu Fragen der Gauleiterherrschaft immer noch zentral Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

² Jan Heitmann, Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Hamburg. Die kampflose Übergabe der Stadt an die britischen Truppen und ihre Vorgeschichte, Frankfurt a.M. 1990; Leif Leifland, Hamburgs Kapitulation im Mai 1945: Querverbindungen nach Schweden, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd.78/1992, S.235–252.

³ Bundesarchiv Koblenz (BAK), Z 42/IV/7172, Bl.8.

Aber auch Repräsentanten der Hamburger Wirtschaft erklärten nach 1945, Hamburg habe unter der Herrschaft Kaufmanns eine „Insel relativer Vernunft“ in einer „grausam verrückten Zeit“ gebildet⁴. Hamburgs erster Nachkriegsbürgermeister Rudolf Petersen versicherte gar in einer eidesstattlichen Erklärung⁵, „daß in Hamburg die Verhältnisse günstiger gelegen haben als in anderen Teilen Deutschlands. (. . .) Es mag unentschieden bleiben, ob das relativ gemäßigte Benehmen des Statthalters sein Verdienst oder die Folge des starken Einflusses der Lebensauffassung der gesamten hamburgischen Bevölkerung gewesen ist. (. . .) Dieser mäßigende Einfluß der Bevölkerung hat sich stets gegenüber allen radikalen von außerhalb nach Hamburg eindringenden Elementen durchgesetzt.“ „Relativ gemäßigt“ sollte nach Auffassung Petersens vor allem die Verfolgung der Juden in Hamburg verlaufen sein – eine euphemistische Legende, die einer empirischen Überprüfung nicht standhält. Dennoch spiegelte sich in den Worten Petersens bereits eine Wende in der Diskussion um Hamburgs jüngste Vergangenheit wider, in der die Gauleiter-Apologien der frühen Nachkriegszeit zunehmend hinter der Beschwörung hanseatischen Bürgergeistes zurücktraten, der nach Auffassung seiner Protagonisten auch in der NS-Zeit positiv wirksam gewesen sei.

Diese Akzentverschiebung brachte der erste Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Dr. Heinrich Heffter, auf einen eingängigen Begriff, als er 1950 in einem vielbeachteten öffentlichen Vortrag erklärte, daß nicht Kaufmann, sondern die Hamburger Tradition als „der historische Held“ zu gelten habe⁶. Vehement wandte sich Heffter gegen eine Beschönigung der historischen Rolle Kaufmanns und deutete die Geschichte Hamburgs in der NS-Zeit gleichzeitig als Triumph freiheitlicher Tradition über den Ungeist der nationalsozialistischen Diktatur. Den Nationalsozialismus begriff er als Hamburg-externes Phänomen und lagerte ihn als „Fremdherrschaft“ aus der Kontinuität hamburgischer Geschichte aus. Damit hatte Heffter die „Kaufmann-Legende“ zwar dementiert, aber gleich eine neue, weitaus langlebigere formuliert, nämlich die vom liberalen Sonderweg Hamburgs im Nationalsozialismus.

Diese „Hamburg-Legende“ unterschlug jedoch nicht nur problematische Traditionsbestände in der politischen Kultur dieser Stadt wie etwa den Antisemitismus⁷, sondern grenzte mit dem Nationalsozialismus auch dessen Opfer aus der Hamburger Geschichte aus. Denn kein freiheitlicher Bürgergeist hatte die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner verhindert, die Einrichtung von Konzentrationslagern, die Massentötung psychisch Kranker oder die systematische Entrechtung, Deportation und Ermordung tausender jüdischer Bürger.

⁴ Staatsarchiv Hamburg (StaHH), Familie Ahrens 26, Bd.2, Bl.373 (Aussage Sven von Müller, Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft).

⁵ BAK, Z 42/III 937, Bl. 104, eidesstattliche Erklärung vom 19.7. 1947.

⁶ Heinrich Heffter, Hamburg und der Nationalsozialismus. Vortrag am 9.11. 1950 an der Universität Hamburg, unveröff. MS. im Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg (Archiv Fst.).

⁷ Daniela Kasischke, Die antisemitische Bewegung in Hamburg während des Kaiserreiches 1873–1918, in: Arno Herzig (Hrsg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, Hamburg 1991, S. 475–485.

Obwohl die Person Kaufmanns nach 1945 über lange Zeit im Zentrum öffentlicher Debatten gestanden hatte, blieb eine breite empirische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Herrschaftsstruktur in Hamburg und der historischen Rolle Kaufmanns aus. Selbst jene Kritiker der liberalen Sonderwegslegende, die in den achtziger Jahren Hamburg zum nationalsozialistischen „Mustergau“⁸ erklärten⁹, brachten für den Leiter dieses Gaues kein Forschungsinteresse auf.

Aus ihrer Sicht handelte es sich nämlich bei Hamburgs führenden Nationalsozialisten lediglich um „Juniorpartner“ einer traditionellen bürgerlich-kapitalistischen Machtelite. Diese habe „ihre Region zum nazistischen Mustergau aufpoliert, indem sie große Teile der Bevölkerung verfolgte und vernichtete“¹⁰.

Eine solche Formulierung, die großen Teilen der Bevölkerung einen undifferenzierten Opferstatus zuweist, erscheint nicht nur problematisch, weil sie vielfältige Konsensformen zwischen Bevölkerung und Regime vernachlässigt. Sie weist auch verblüffende Parallelitäten zur hamburgischen Sonderwegs-Legende auf. Bei genauem Hinsehen nämlich entpuppt sich die These vom nationalsozialistischen Mustergau als feindlicher Zwillingbruder der These vom freiheitlichen Residuum, als eine lediglich ins Negative gewendete Seite derselben Medaille. Denn beide Ansätze veranschlagen die Wirkungsmächtigkeit des Nationalsozialismus als gering und gehen von einer Kontinuitätsthese aus, die sich im ersten Fall in der Konstanz freiheitlichen Bürgersinns, im zweiten in der Konstanz bürgerlich-kapitalistischer Machtverhältnisse beweist.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden im Rahmen der Mustergau-These zwar nicht übergangen, jedoch in eine allgemeine, angebliche Vernichtungsbereitschaft des Kapitalismus eingereiht, die nach Auffassung Karl Heinz Roths von der Zeit der Aufklärung bis in die Gegenwart der Bundesrepublik reichen soll. Damit werden jedoch die bedrängenden Besonderheiten des Nationalsozialismus, die ihren negativen Höhepunkt im „Zivilisationsbruch“ Auschwitz fanden, in einer schwer erträglichen Weise eingeebnet. Im Überschwang eingängiger, politisch motivierter Kontinuitätsthesen ist die empirische Forschung zu den eigentlichen Kernbereichen

⁸ Ursprünglich ein politisch-polemischer Gegenbegriff gegen die These vom liberalen Sonderweg, ist er mittlerweile auch in der wissenschaftlichen Diskussion weit verbreitet. Vgl. etwa die Bemerkung Ian Kershaws, der Warthegau habe sich unter der Herrschaft des Gauleiters Greiser (hinsichtlich der Germanisierungspolitik) zum „Mustergau“ entwickelt. Ian Kershaw, Arthur Greiser – ein Motor der „Endlösung“, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Die braune Elite II*, Darmstadt 1993, S. 116–127, Zitat S. 116. Ich plädiere für einen Verzicht auf diesen heuristisch unfruchtbaren und empirisch nicht zu füllenden Begriff – schon deshalb, weil es angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Herrschaftstypen und Herrschaftsverfassungen auf Gauebene kein „Muster“ gab, das den Maßstab für einen „Mustergau“ hätte abgeben können.

⁹ Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hrsg.), *Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg*, Hamburg 1984.

¹⁰ Karl Heinz Roth, *Ein Mustergau gegen die Armen, Leistungsschwachen und „Gemeinschaftsunfähigen“*, in: Ebenda, S. 7–17, Zitat S. 7. Roths Charakterisierung der Hamburger Nationalsozialisten als Juniorpartner einer ansonsten ungebrochen herrschenden „traditionellen Machtelite“ entbehrt jedes überzeugenden empirischen Belegs.

nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg daher bis heute weitgehend auf der Strecke geblieben¹¹. Dies gilt vor allem für die Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, der die fünf wichtigsten politischen Ämter Hamburgs jener Zeit in seiner Hand vereinigte: NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter, „Führer“ der hamburgischen Landesregierung, Chef der hamburgischen Staats- und Gemeindeverwaltung und Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis X. Eine derartige regionale Macht- und Kompetenzanhäufung, die sich 1942 mit dem Amt eines Reichskommissars für die Deutsche Seeschifffahrt noch erweiterte, war insbesondere unter den Gauleitern aus dem „Altreich“ keineswegs selbstverständlich. Daher verwundert es nicht, daß der im Zuge des „Groß-Hamburg-Gesetzes“¹² von 1937 neuformierte „Reichsgau“ Hamburg insbesondere im Hinblick auf die starke Machtstellung des Gauleiters die neuen Reichsgauverfassungen der ab 1938 in das Deutsche Reich integrierten Gebiete maßgeblich beeinflusste¹³.

Freilich konzentriert sich dieser Beitrag nicht ausschließlich auf strukturelle Fragen der Gauleiterherrschaft, die im NS-Staat das Modell einer ebenso primitiven wie wirkungsvollen Dezentralisation repräsentierte. Vielmehr richtet er am Beispiel Hamburgs den Blick auf drei wichtige, von der Forschung bislang nicht genügend beachtete „innere“ Herrschaftsprinzipien der Gauleiter, die ihre regionale Machtstellung zementierten: Korruption, Sozialpopulismus und regionaler Lobbyismus. Vor allem sie trugen zu jener fast legendären Verankerung der Gauleiter in ihrem „Hoheitsgebiet“ bei, die ihnen neben ihrer Immediatstellung gegenüber Hitler eine starke Position im nationalsozialistischen Herrschaftssystem sicherte. Diese zentralen Kennzeichen des Kaufmann'schen Herrschaftsstils sollen eingebettet werden in den persönlichen und politischen Werdegang Kaufmanns, in dem sich schon früh nicht nur Grundcharakteristika seiner Person, sondern auch seiner späteren politischen Tätigkeit als Hamburger Gauleiter abbildeten.

¹¹ Vor allem die Bereiche der NS-Herrschaftsstruktur, der Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte sowie die Tätigkeit des Verfolgungsapparates sind kaum, andere thematische Aspekte hingegen ausgesprochen gründlich erforscht, wie etwa die Hamburger Universitätsgeschichte. Siehe auch Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hrsg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, 3 Bde., Berlin/Hamburg 1991; zum Forschungsstand bis 1989 siehe Christa Hempel-Küter/Eckart Krause, Hamburg und das Erbe des „Dritten Reiches“. Versuch einer Bestandsaufnahme, Hamburg 1989.

¹² Am 26.1.1937 wurden im Zuge des „Groß-Hamburg-Gesetzes“ die preußischen Städte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek nach Hamburg eingemeindet. Vgl. Hartmut Hohlbein/Werner Johe/Hans-Dieter Loose/Georg-Wilhelm Röpke/Hans-Peter Strenge, Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde, Hamburg 1988; zur Hamburger Verfassungsentwicklung im Nationalsozialismus vgl. Hans-Peter Ipsen, Von Groß-Hamburg zur Hansestadt Hamburg, Berlin 1938; ders., Hamburgs Verfassung und Verwaltung. Von Weimar bis Bonn, Hamburg 1956.

¹³ Dies gilt etwa für die Verfassung des „Reichsgaues“ Wien, die in wesentlichen Teilen auf dem Hamburger Modell fußte. Zur Kooperation zwischen Hamburg und Wien siehe StaHH, Senatskanzlei-Personalabteilung II 457; zur Entwicklung der neuen „Reichsgaue“ siehe Hüttenberger, Gauleiter, S.138–152; Dieter Rebutisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S.163–282.

1. Eine rechtsradikale Karriere

Karl Kaufmann wurde am 10. Oktober 1900 als Sohn eines mittelständischen Wäschereibesitzers in Krefeld geboren¹⁴. Aufgewachsen in Elberfeld, dem heutigen Wuppertal, gehörte Kaufmann einer Generation an, für die der Erste Weltkrieg eine prägende Erfahrungszäsur bildete. Der persönliche Erfahrungshorizont bürgerlicher Jugendlicher aus dieser „Kriegsjugendgeneration“ war vor allem bestimmt durch nationalistischen Begeisterungstaumel, Bevölkerungsmobilisierung über traditionelle soziale Grenzen hinweg, Not und Entbehrung, schließlich durch eine tiefe Verstörung angesichts der Niederlage und der plötzlichen Umwälzung aller bis dahin geheiligten Werte¹⁵. Von Anfang an zeichnete sich der Lebenslauf Kaufmanns durch eine große Unstetigkeit aus. So wechselte er mehrfach die Schule, verließ 1917 die Oberrealschule Elberfeld, ohne das Abitur abgelegt zu haben, arbeitete dann im landwirtschaftlichen Hilfsdienst und meldete sich schließlich freiwillig zur Front. Letzteres wohl unter dem maßgeblichen Einfluß seiner Lehrer, die sich – wie er später als Gauleiter versicherte – „heißes Herzens bemühten, der ihnen anvertrauten Jugend das große Geschehen der Zeit nahezubringen“¹⁶. Zwar wurde Kaufmann noch eingezogen, er gelangte jedoch nicht mehr an die Front und erlebte den Tag der deutschen Niederlage im Gefühl des Zuspätgekommenen.

Beruflich reihte sich bei Kaufmann seitdem eine Tätigkeit an die andere: Entlassung aus dem Heeresdienst, ein Semester landwirtschaftliche Winterschule, schließlich eine Lehre im elterlichen Betrieb, den er jedoch nach Auseinandersetzungen mit seinem Vater wieder verließ. Über mehrere Jahre hinweg lebte Kaufmann von Zahlungen seiner Mutter und dem kargen Ertrag wechselnder Hilfsarbeitertätigkeiten. Sein erstes konstantes Gehalt bezog Kaufmann erst 1928, als er für die NSDAP in den Preußischen Landtag einzog und Abgeordnetendiäten erhielt – gezahlt von jenem Staat, den Kaufmann seit seiner Entstehung erbittert bekämpft hatte.

Politisch tummelte sich Kaufmann schon seit 1918/19 im parteipolitisch noch ungeformten rechtsradikalen Milieu. So gehörte er u. a. dem Deutschvölkischen

¹⁴ Die folgenden Angaben zur Person entstammen vor allem dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg (im folgenden: StA-LGHH) gegen Kaufmann wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, 14 Js 28/49, Bd. I, Bl. 12 ff.

¹⁵ Zum Begriff der Kriegsjugendgeneration siehe Ernst Günther Gründel, *Die Sendung der Jungen Generation. Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise*, München 1932; zu generationsspezifischen Prägungen von Nationalsozialisten vgl. Michael H. Kater, *Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 217–243; Peter Loewenberg, *The Psychohistorical Origins of the Nazi Youth Cohort*, in: *The American Historical Review* 76/1971, S. 1457–1502; am Beispiel der völkischen Studentenbewegung jetzt Ulrich Herbert, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hrsg.), *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne*, Hamburg 1991, S. 115–144.

¹⁶ *Hamburger Fremdenblatt*, 13. 4. 1944.

Schutz- und Trutzbund an, der größten rechtsradikalen und antisemitischen Organisation der unmittelbaren Nachkriegszeit, deren Elberfelder Jugendgruppe er seit 1920/21 leitete¹⁷. Aus dieser Gruppe gingen u. a. mehrere Aktivisten des Rechtsterrorismus und Mitglieder der „Organisation Consul“ hervor, wie Kaufmanns enger Freund Hans Hustert, der mit einem Blausäureattentat auf den sozialdemokratischen Politiker Philipp Scheidemann von sich reden machte¹⁸. Auch auf Kaufmann hatte der gewalttätige Aktivismus seines rechtsradikalen Umfeldes abgefärbt. Bestrebt, den ihm entgangenen Kriegsruhm nachzuholen, beteiligte sich Kaufmann als Freikorpsangehöriger 1920 an der Niederschlagung der sogenannten „Roten Ruhrarmee“. 1921 kämpfte er im Freikorps Oberschlesien gegen polnische Verbände. Und als die Franzosen 1923 ins Ruhrgebiet einmarschierten, trat Kaufmann in die illegale Organisation „Heinz“ ein, die Sprengstoffanschläge auf Kohlenzüge und Eisenbahnbrücken verübte und auch vor dem Mord an Besatzungssoldaten und sogenannten „französischen Spitzeln“ nicht zurückschreckte¹⁹.

Wenn sich im frühen politischen Leben des späteren Gauleiters eine Grundkonstante herauskristallisierte, dann ist sie in einer spezifischen Verquickung von Gewalt und Weltanschauung zu sehen, die auch die physische Vernichtung des Gegners legitimierte. Im Dienste der „richtigen“ Weltanschauung und der Durchsetzung ihrer Ziele erschien Kaufmann jede Gewaltanwendung legitim. Und welche Weltanschauung die vermeintlich „richtige“ war, daran gab es für Kaufmann zum Zeitpunkt des „Ruhrkampfes“ keinen Zweifel mehr: 1922 hatte er sich mit ehemaligen Freikorpskameraden der NSDAP angeschlossen und war bei einem Aufenthalt in München auch jenem Mann begegnet, dem er am 28. Oktober 1923 eine devote Ergebnheitsadresse zusandte. „Hochverehrter Herr Hitler“, heißt es in diesem Schreiben: „Die völkische Jugend an Rhein und Ruhr erwartet in ihrer großen Not sehnsüchtig den Tag, an dem Sie, hochverehrter Herr Hitler, zum Befreiungskampf vom inneren und äußeren Feind aufrufen werden. Unsere Hoffnung ist, daß dieser Tag nicht mehr fern sein wird. In Treue fest. Karl Kaufmann.“²⁰ Wenige Tage vor dem 9. November 1923 belegt dieses Schreiben neben anderen Dokumenten²¹, daß Kaufmann aktiv an der Planung und Vorbereitung eines von Bayern ausgehenden Rechtsputsches beteiligt war. Die Belohnung für seine „Treue“ strich Kaufmann 1925 ein, als der damals 24jäh-

¹⁷ National Archives, Washington, D.C., (NA), T-253/15/1465 428f., Aussagen Kaufmanns vom 8.7. 1922. Vgl. auch Ulrich Klein, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung“? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Klaus Goebel (Hrsg.), Über allem die Partei, Oberhausen 1987, S. 105–149.

¹⁸ Zum Hintergrund vgl. Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 229ff.

¹⁹ Siehe den Bericht des Kriminalkommissars Weitzel über die Tätigkeit der Organisation Hauenstein im besetzten Gebiet, Elberfeld, 25.5. 1923, in: Heinz Hürten (Bearb.), Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922–1924, Düsseldorf 1980, S. 34–40.

²⁰ Schreiben veröffentlicht in: Romerike Berge 37, Heft 2/1987, S. 36.

²¹ Siehe beispielsweise das Schreiben Leutnant Gelbergs an Alfred Hoffmann vom 7.9. 1923, in: BAK, NS 26/297. Für den Hinweis bin ich Gerd Krüger zu Dank verpflichtet.

rige zum neuen Leiter des NSDAP-Gaues Rheinland-Nord ernannt wurde. Als Gaugeschäftsführer setzte Kaufmann den damals noch weitgehend unbekanntem Dr. Joseph Goebbels ein, der um 1925/26 sein bester und wohl einziger Freund war, wie Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen jener Jahre deutlich machen²².

1926 verfaßte Goebbels für das Parteiorgan „Nationalsozialistische Briefe“ ein Porträt Kaufmanns, das mit der historischen Wahrheit wenig zu tun hatte, aber einen interessanten Einblick in die propagandistische Selbststilisierung der jungen Nationalsozialisten bietet. Über Kaufmann hieß es dort: „Einer von den ganz Jungen. Den Krieg machte er fast als Knabe mit. Draußen wurde er zum fanatischen Nationalrebell. Nach dem Kriege als Jüngling durch die harte Schule der Politik. Kein angenehmer, bequemer Jasager. Wo er war, da gab's Revolution. Immer drehte es sich um eins: Sozialismus. Dafür kämpfte und opferte er. Er ging und wurde gegangen von einem Lager zum anderen, immer auf der Suche nach dem einen, das er nicht fand. Unduldsam bis zur Härte der Brutalität blieb er nicht an anderer Leute Platz stehen. (...) Manch einer von den Feinsten hat an seiner Unerbittlichkeit das Genick zerbrochen. Man hetzte ihn von Anklage zu Anklage, von Haussuchung zu Haussuchung. Er blieb hart. (...) Das waren nur klingende Hammerschläge auf die Glut seines eisernen Herzens: Landgraf, werde hart!“²³

So wollten die jungen Rechtsradikalen gesehen werden: soldatischer Kämpfer und aktivistischer Revolutionär, dabei fanatisch, unerbittlich und vor allem: hart. Dementsprechend bemühte sich Kaufmann, seine eigene Biographie und Person jenen Leitbildern anzupassen. Er heftete sich deshalb – um den ersehnten Frontkämpferstatus vorzutauschen – Orden und Auszeichnungen an seinen paramilitärischen Kampfanzug, die er nie erhalten hatte. Dieser Vorgang trug ihm später sogar ein Parteiverfahren wegen sogenannten „Ordensschwinds“ ein²⁴. Bei Redeauftritten außerhalb seines Gaues ließ sich Kaufmann regelmäßig als „Bergarbeiter Kaufmann aus Elberfeld“²⁵ ankündigen, um dem angestrebten Image des arbeiterverbundenen „Sozialisten“ einen glaubwürdigeren Anstrich zu geben. Solche grotesken Verbiegungen der eigenen Biographie deuten an, wie sehr bei Kaufmann Selbstdarstellungsanspruch und die Realität der Person auseinanderklafften.

Dieser Eindruck drängt sich noch stärker beim Studium von Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen über Kaufmann auf. „Innerlich total zerrissen“ heißt es da über ihn, sowie „unrastig, ungegoren und ungezügelt. Ein typisches Halbgenie ohne Halt und Ziel.“²⁶ Akribisch notierte Goebbels eine Reihe von Nervenzusammenbrüchen Kaufmanns, ja sogar einen Selbstmordversuch²⁷. Hinter der äußeren Fassade parteioffiziö-

²² Vgl. etwa die Eintragung vom 18.4. 1925: „Er ist alles für mich und ich alles für ihn.“ Zit. nach Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Bd. 1, München 1987, S. 104f.

²³ Joseph Goebbels, Neue Köpfe, in: Nationalsozialistische Briefe, Nr. 18/1925.

²⁴ Berlin Document Center (BDC), Personalakte Kaufmann /OPG.

²⁵ So u. a. am 20.4. 1926 in Oldenburg, Versammlungsaufwurf, in: BAK, NS 1/340, Bl. 34.

²⁶ Zit. nach Fröhlich (Hrsg.), Tagebücher, Bd. 1, S. 153 (6. 1. 1926).

²⁷ Ebenda, S. 152 (2. 1. 1926).

ser Stilisierungen präsentierte sich Kaufmann nicht als starke, in sich ruhende, sondern als eine ausgesprochen schwach entwickelte Persönlichkeit, die ihren Mangel an innerer Selbstsicherheit in heldischen Posen kompensierte und die eigene Person geradezu maskenhaft auf bestimmte Leitbilder auszurichten versuchte. Zu solchen Leitbildern gehörte neben dem Ideal des harten aktivistischen Kämpfers ein letztlich diffuser Gefühlssozialismus. Dieser Gefühlssozialismus wurzelte bei Kaufmann weder im gesellschaftlichen Sein noch in wertbezogenen Grundüberzeugungen, sondern entsprang vor allem einem generationsspezifischen Lebensgefühl. „Das ganze ist eine Frage der Generationen“, schrieb Goebbels in seinem Tagebuch. „Alt oder jung! Evolution oder Revolution! Sozial oder sozialistisch! Für uns ist die Wahl nicht schwer. Karl Kaufmann ist dergleichen wie ich.“²⁸

Mit ihrem Selbstverständnis als „Sozialisten“ grenzten sich die jungen Nationalsozialisten nicht nur von ihren bürgerlichen Elternhäusern ab, sondern auch von jenem kleinbürgerlich-wilhelminischen Honoratiorentypus, der noch Anfang der zwanziger Jahre in der völkischen Bewegung den Ton angab²⁹. Kaufmanns Gefühlssozialismus, seine antikapitalistische Attitüde, die bei zahlreichen Redeauftritten zum Ausdruck kam³⁰, verfestigten sich in den Diskussionen der Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gauleiter der NSDAP³¹, vor allem aber unter dem Einfluß Gregor Strassers, dem er seit 1923 eng verbunden war. Kaufmanns Reden und Aufsätze jener Jahre machen jedoch auch deutlich, wie wenig sein „Sozialismus“, ja sein politisches Denken überhaupt, auf der Akzeptanz unveräußerlicher Grundwerte und Menschenrechte aufbaute. So erkannte er zwar beispielsweise das Existenzrecht der Gewerkschaftsbewegung an, ordnete jedoch dieses Recht den Interessen der „Volksgemeinschaft“ unter³². Nicht die verhaßten Ideen von 1789, die freiheitlichen und sozialen Grundrechte des Menschen, sondern die Utopie einer zwangsharmonisierten Gemeinschaft bildete den Fluchtpunkt Kaufmann'schen Denkens.

Dieser fehlende Wertekern in seinen Grundauffassungen ermöglichte es Kaufmann, sich ausgesprochen flexibel und pragmatisch den jeweiligen politischen Gegebenheiten anzupassen. Angesichts solcher – trotz aller sozialistischen Phraseologie – programmatischer Unschärfe äußerte sich Kaufmann nur in der Gegnerdefinition mit ein-

²⁸ Zit. nach ebenda, S. 127 (11.9. 1925); an anderer Stelle definierte Goebbels Sozialismus als „gefühlsmäßigen Zustand der Weltanschauung. Man lebt darin, oder man lebt darin nicht“, in: Nationalsozialistische Briefe, Nr. 21/1926.

²⁹ Vgl. die Charakterisierung des Herausgebers der „Völkischen Freiheit“ in Elberfeld, Friedrich Wiegershaus, durch Goebbels: „Wilhelminisch, dickbäuchig, gedrehter Schnurrbart, riecht aus dem Halse“, zit. nach Fröhlich (Hrsg.), Tagebücher, Bd. 1, S. 31 (30.6. 1924).

³⁰ Vor allem im Preussischen Landtag, wo Kaufmann mehrfach im Namen der NSDAP-Fraktion Anträge der KPD unterstützte. Preussischer Landtag, 3. Wahlp. 1928–1932, 6. Sitzung, Bd. I, Sp. 291; 15. Sitzung, Bd. I, Sp. 874f.; 28. Sitzung, Bd. I, Sp. 1917f.

³¹ Gerhard Schildt, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Phil. Diss., Freiburg 1964; Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim am Glan 1966.

³² Karl Kaufmann, Grundsätzliches zur Gewerkschaftsfrage, in: Nationalsozialistische Briefe, Heft 20, April 1928, S. 313–316.

deutiger Klarheit: Anhänger der Linksparteien und der Weimarer Demokratie, die Kaufmann in einer Landtagsrede als „Organisation von Zuhältern“³³ beschimpfte, vor allem aber jene, die dem rassistischen Paradigma gemäß als Feinde der „deutschen Volksgemeinschaft“ ausgemacht worden waren, hatten bei einer Machtübernahme Kaufmanns und der Nationalsozialisten Repression und Verfolgung zu erwarten.

2. Machtsicherung durch Terror

In den Jahren 1928 und 1929 stürzte Kaufmann abrupt auf einen Tiefststand seiner politischen Karriere. Heftige Querelen und persönliche Auseinandersetzungen, vor allem mit dem späteren ostpreußischen Gauleiter Erich Koch, die auf einem nicht zu beschreibenden Niveau geführt wurden³⁴, hatten Kaufmanns Ansehen schwer geschadet und ihn gezwungen, sein Amt als Leiter des Großgaues Ruhr niederzulegen, das er seit 1926 innegehabt hatte. Seine Berufung zum NSDAP-Gauleiter im „roten“ Hamburg am 1. Mai 1929, von Hitler als Bewährungsaufgabe verstanden, konfrontierte ihn jedoch mit ähnlichen Problemen. In Hamburg stand er erneut einem ebenso heillos zerstrittenen wie verschuldeten Gau vor, dessen Versammlungseinnahmen lange Zeit vom Gerichtsvollzieher gepfändet wurden³⁵.

Wenn sich Kaufmann trotz widriger Umstände als Hamburger Gauleiter behauptete und schrittweise eine parteiinterne Hausmacht in Gestalt einer „Gaulique“ aufbauen konnte³⁶, so zeugte dies vor allem von seinen gewachsenen Fähigkeiten, sich im innerparteilichen Intrigenspiel durchsetzen zu können. Dennoch blieb der NSDAP-Parteialtag neben den gewalttätigen Auseinandersetzungen besonders mit den Hamburger Kommunisten stets durch parteiinterne Dauerquerelen gekennzeichnet³⁷. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Hamburg im März 1933 inszenierte Kaufmann daher eine beispiellose Terrorwelle³⁸ nicht nur gegen führende Funktionäre der sozialistischen Arbeiterbewegung; auch die innerparteiliche Opposition bezog er gleich mit ein. Zu den ersten Opfern der vor allem von der SA ausgehenden Gewaltakte in der nationalsozialistischen Machtergreifungsphase gehörten in Hamburg neben Kommunisten und Sozialdemokraten vor allem Juden und Ausländer. Kaufmann nahm die Exzesse des SA-Terrors nicht nur passiv hin, er heizte die Spirale der Repression und Gewalt vielmehr aktiv an. So ließ er aus berüchtigten SA-Schlägern ihm persönlich unterstehende „Fahndungskommandos“ zusammen-

³³ So am 28.2. 1930, Preußischer Landtag, 3. Wahlp. 1928–1932, 136. Sitzung, Sp. 11690.

³⁴ Vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S. 46 ff.; BDC, Personalakte Kaufmann/OPG.

³⁵ BAK, NS 22/1052, Kaufmann an Gregor Strasser vom 13.12. 1930.

³⁶ Vgl. Thomas Krause, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP von 1921 bis 1933, Hamburg 1987.

³⁷ BAK, NS 22/1052, Schreiben Korn an den Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß (Ushla) der Reichsleitung vom 4.2. 1931; ebenda, NS 22/435, Schreiben an die NSDAP Reichsleitung vom 6.12. 1932; Archiv Fst., Fasc. 912, Bd. II (Material Krebs), Schreiben der NSDAP-Opposition vom 27.9. 1931.

³⁸ Vgl. Henning Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, Frankfurt a.M. 1967, S. 227–266.

stellen, die er für ihren Einsatz zur „endgültigen Niederringung des Marxismus in Hamburg“ persönlich belobigte³⁹.

Auch die Einrichtung des berüchtigten Konzentrationslagers Fuhlsbüttel, „Kolafu“ genannt, betrieb Kaufmann Ende 1933 am Polizeisenator vorbei, da ihm die Behandlung der politischen Häftlinge im Hamburger KZ Wittmoor als „zu lasch“ erschien⁴⁰. Kaufmann vertuschte die unmenschliche Behandlung der Inhaftierten im Kolafu, indem er darauf drängte, die Leichen zu Tode geprügelter Häftlinge unter Umgehung der rechtlich notwendigen Obduktionen sofort einzuäschern⁴¹. Seine Haltung zu den Gefangenenmißhandlungen enthüllte sich exemplarisch in einer Szene, die sich bei einem Besuch Kaufmanns im Kolafu ereignete. Ein zuvor brutal mißhandelter jüdischer Häftling hatte sich ihm blutüberströmt zu Füßen geworfen und flehte ihn um Gnade vor weiteren Mißhandlungen an. Kein Wort der Mäßigung an die Adresse der Wachmannschaften kam über Kaufmanns Lippen, statt dessen nur ein: „Schafft mir den Kerl aus den Augen!“⁴²

Die Vorgänge im Kolafu und die Mißhandlung von Ausländern in Hamburg wurden selbst auf Reichsebene mit zunehmendem Unbehagen registriert⁴³. Hier sah man sich mit einer Welle von Protestschreiben ausländischer Konsulate und Botschaften konfrontiert, weil die SA vor allem im universitätsnahen Grindelviertel regelrechte Ausländerjagden veranstaltet hatte. Als dann noch die Handelsvertretung der UdSSR in Hamburg gestürmt und verwüstet und der portugiesische Generalkonsul im offenen Wagen mißhandelt wurde – mit der Begründung, er sehe „jüdisch“ aus –, mußte sich Reichsaußenminister von Neurath sogar persönlich für die Übergriffe der Hamburger Nationalsozialisten entschuldigen⁴⁴.

Auch die Tatsache, daß Kaufmann Nationalsozialisten aus dem Gefängnis befreien ließ und persönlich empfing, die 1931 den kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning ermordet hatten, und selbst Kapitalverbrechen von Nationalsozialisten wie ein Kavaliersdelikt amnestierte⁴⁵, fügt sich nahtlos in dieses Gesamtbild

³⁹ Anerkennungsschreiben Kaufmanns vom 21.7. 1933, in: Ermittlungsverfahren Kaufmann, StA-LGHH, 14 Js28/49, Bd. II, Bl. 213.

⁴⁰ Vgl. Aussage des ehemaligen Innensenators Richter vom 20.10. 1950, im Ermittlungsverfahren gegen Kaufmann, ebenda, Bd. II, Bl. 277 ff.

⁴¹ Vgl. die Angaben des Oberstaatsanwaltes Rudolf Reuter vom 31.7. 1945, in: BAK, Z 42 IV/7172.

⁴² Vgl. die Zeugenaussagen im Ermittlungsverfahren gegen Kaufmann, StA-LGHH, Bd. II, (Vernehmung Arthur Sonntag vom 17.1. 1949), Bl. 65 ff.

⁴³ Vgl. Aussagen des Oberstaatsanwaltes Reuter vom 31.7. 1945, in: BAK, Z 42 IV/7172; siehe auch Lothar Gruchmann, *Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*, München 1988, S. 374–379; Klaus Bästlein, *Vom hanseatischen Richtertum zum nationalsozialistischen Justizverbrechen. Zur Person und Tätigkeit Curt Rothenbergers 1896–1959*, in: Ders./Helge Grabitz/Wolfgang Scheffler (Red.), *„Für Führer, Volk und Vaterland ...“ Hamburger Justiz im Nationalsozialismus*, Hamburg 1992, S. 98 ff.

⁴⁴ Vorgänge in: *Archiv Fst.*, Fasc. 912 (NSDAP, Alte Garde, Gau Hamburg).

⁴⁵ Vgl. etwa die Niederschlagung eines Verfahrens durch Kaufmann gegen einen Hamburger SA-Mann, der einen Nebenbuhler aus Eifersucht erschossen hatte; Landgericht Hamburg, VII a 2523/33.

ein. Hier setzte sich nicht einfach eine Verrohung der politischen Sitten fort, wie sie in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg beobachtet werden konnte. Vielmehr senkte Kaufmann gewachsene zivilisatorische Hemmschwellen ab, überschritt auch persönlich eine Grenze, die künftig einen „normalen“ Machtwechsel undenkbar erscheinen ließ, und beförderte eine Entwicklung, die mit der späteren nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zumindest in einem mittelbaren Zusammenhang steht.

Mit gleichen Methoden entledigte sich Kaufmann auch seiner innerparteilichen Widersacher. Renitente Ortsgruppenleiter überantwortete er den Folterkommandos der Gestapo oder stellte sie kalt. Als Kaufmann von einer Spitzeltätigkeit des Sicherheitsdienstes der SS gegen führende Funktionäre der Hamburger NSDAP erfuhr⁴⁶, ließ er den Hamburger SD-Chef Oberg demonstrativ verhaften und foltern. Daß Kaufmann damit bewußt einen harschen Konflikt mit Heydrich und Himmler provozierte, zeugte von dem Selbstbewußtsein, mit dem er mittlerweile als Hamburger Gauleiter agierte. Auch die Zentralisierung des Schriftwechsels zwischen den Hamburger Gauämtern und der NSDAP-Reichsleitung, der Kaufmanns Schreibtisch zu passieren hatte, stärkte die Position des Gauleiters in der Partei, der nicht zuletzt auch von der geringen Ausdehnung und Übersichtlichkeit des „Stadtgaues“ Hamburg profitierte.

3. Korruption und Nepotismus

Als wichtigstes Instrument seiner innerparteilichen Herrschaft erwies sich jedoch eine ausgedehnte Korruption und ein System der Patronage, wie es bis dahin in der Geschichte Hamburgs ohne Beispiel war. Tausenden sogenannter „Alter Kämpfer“ verschaffte Kaufmann meist über Sonderaktionen des Arbeitsamtes Stellen in der Verwaltung und vor allem den städtischen Betrieben⁴⁷. Da auch gegenüber der Hamburger Wirtschaft staatliche Finanzhilfen unverblümt von der Einstellung „Alter Kämpfer“ abhängig gemacht wurden, konnten bis 1934/35 über 10 000 Hamburger Nationalsozialisten in Arbeitsstellen eingewiesen werden, während die Zahl der sonstigen Arbeitslosen in Hamburg entgegen dem Reichstrend noch lange Zeit auf hohem Niveau verharrte. Viele Institutionen und städtische Unternehmen mußten Nationalsozialisten in so großer Zahl aufnehmen, daß sie am Rande des finanziellen Ruins schwebten. Diesen von Kaufmann maßgeblich forcierten Arbeitsbeschaffungsaktionen entsprach ein eminenten Druck jener, die sich für ihren Einsatz in der „Kampfzeit“ nun materiell belohnen wollten und die Machtübernahme der NSDAP mit nachgerade eschatologischen Zukunftshoffnungen verbanden. Dabei kam dem Umstand besondere Bedeutung zu, daß das Gros der nationalsozialistischen Aktivisten in Hamburg bis in die höchsten Führungsringe hinein aus sozial Gescheiterten

⁴⁶ BAK, NS 22/259, Bericht Kaufmanns „über die Spitzeltätigkeit des SS-Sicherheitsdienstes“ vom 21.6. 1933.

⁴⁷ StaHH, Senatskommission für die Angelegenheiten der Staatsarbeiter II, 35 Mb 20; ebenda, NSDAP, B 137, Band 1-4.

oder beruflich wenig Erfolgreichen meist kleinbürgerlicher Herkunft bestand, die sich von der sozialen Peripherie der Gesellschaft nun ins Zentrum der Macht versetzt sahen.

Das Ausmaß an sozialer Deklassierung in den Reihen der Hamburger NSDAP, ihr unorganisches, erst in der Endphase der Weimarer Republik abrupt einsetzendes Wachstum sowie die Enttäuschung mancher Zukunftserwartungen nach der „Machtergreifung“ begünstigten schließlich eine Korruption „von unten“, die nach 1933 zu zahlreichen Gerichtsverfahren gegen Funktionäre der Hamburger NSDAP und ihrer Nebenorganisationen führte, die aber mit großer Wahrscheinlichkeit nur die Spitze eines Eisberges repräsentierten⁴⁸. Das Gefühl des Zukurzgekommenen hatten viele durch einen Griff in die Parteikasse oder die Unterschlagung von Spendeneinnahmen kompensiert – zwei Straftatbestände, die mit weitem Abstand die Rangliste derartiger Delikte anführten. Ihre Häufung spiegelte nicht zuletzt das ungeordnete Finanzwesen vor allem in den Nebenorganisationen der NSDAP und den Mangel an innerparteilicher Kontrolle wider. Kaufmann setzte gegen dieses System ungezügelter Bereicherung Einzelner auch deshalb polizeiliche und juristische Mittel ein, weil es dem Grundsatz widersprach, daß in einer autoritären Führerpartei stets von oben nach unten gegeben, aber nicht unten einfach genommen werden sollte. Da mit der gezielten Vergabe von Ressourcen wie Arbeitsplätzen, Geld, Betrieben, Häusern und Grundstücken auch politische Macht verbunden war, ging Kaufmann ab 1935 auch gegen die zahllosen Schwarz- und Sonderfonds der nationalsozialistischen Senatoren vor⁴⁹. Diese Sonderfonds wurden außerhalb des Staatshaushaltsplanes bewirtschaftet und speisten sich aus Sondersteuereinnahmen, die sich die Senatoren außerhalb des städtischen Finanzhaushaltes selbst erschlossen hatten. Im Jahre 1935 erreichten sie einen Gesamtumfang von über 4 Millionen RM und dienten neben der persönlichen Bereicherung der Senatoren vor allem der finanziellen Unterstützung von Nationalsozialisten. Der Präsident des Hamburgischen Rechnungshofes, der Nationalsozialist Kurt Lange, hatte lange Zeit vergeblich auf die grassierende Korruption in der nationalsozialistischen Landesregierung aufmerksam gemacht und wandte sich schließlich am 30. 8. 1935 mit einem eindringlichen Appell an Kaufmann: „In diesem Zusammenhang muß ich auch daran erinnern, daß Herr Senator Ahrens meinem Vertreter s. Zt. bei pflichtgemäßer Prüfung der Fonds mit der Bemerkung drohte, er würde im Rechnungshof aufräumen, daß die Tische flögen“. Es besteht kein Zweifel, daß hier systematisch das Ansehen und die Autorität einer Einrichtung zerstört werden, die nach Fortfall der parlamentari-

⁴⁸ Allein von 1935–1940 kam es zu 115 Gerichtsverfahren gegen Funktionäre der Hamburger NSDAP wegen Unterschlagung, Diebstahl etc. Vgl. den 1995 erscheinenden Band von Klaus Bästlein/Helge Grabitz/Wolfgang Scheffler/Hubert Rottleuchner (Red.), Von „Gewohnheitsverbrechern, Volksschädlingen und Asozialen ...“.

⁴⁹ StaHH, Sozialbehörde I, KR 10.13; ebenda, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1934 A 90, 1935 A 33; ebenda, Finanzdeputation IV, VuO I B 58, VuO II A 1 a XX B; reichhaltiges Material zur NS-Korruption in Hamburg befindet sich auch im Bestand ebenda, Bürgerschaft II, C II d 1, Band 1.

schen Kontrolle als einzige Prüfungsstelle im autoritären Staate berufen ist, die recht- und gesetzmäßige Finanz- und Wirtschaftsgebarung des Staatslebens zu überwachen.“⁵⁰

Zwar nahm Kaufmann die Initiative des Rechnungshofpräsidenten zum Anlaß, die „undurchsichtige Fondswirtschaft“ der Senatoren zu beenden. Da er sich seit 1933 jedoch gleicher Methoden bediente, fand de facto nur eine Zentralisierung der Korruptionswirtschaft in der Hand Kaufmanns statt. So zweigte Kaufmann gerne aus Spendeneinnahmen wie der „Adolf-Hitler-Spende“ größere Summen zur persönlichen Verfügung ab, da ihm der NSDAP-Reichsschatzmeister Schwarz lediglich eine monatliche Dispositionssumme von zunächst 1000 RM eingeräumt hatte⁵¹. Im Jahre 1937 baute er sich schließlich in Gestalt der „Hamburger Stiftung von 1937“ ein nur von ihm kontrolliertes Finanzsystem außerhalb des städtischen Haushalts auf – eine Methode, die sich auch bei anderen Gauleitern großer Beliebtheit erfreute⁵². Die „Hamburger Stiftung von 1937“ speiste sich aus öffentlichen Mitteln, Spenden der Hamburger Wirtschaft, Zwangsabgaben der städtischen Betriebe und vor allem sogenannten „Arisierungsspenden“ und erreichte ein Finanzvolumen von über 10 Millionen Reichsmark⁵³. Aus diesen Mitteln finanzierte Kaufmann neben sozialen Betreuungsaufgaben vor allem die Parteigliederungen der NSDAP und Dotationen für führende Parteifunktionäre, die er sich auf diesem Wege persönlich verpflichtete. Große Summen verwandte Kaufmann auch für die „Entschuldung verdienter, alter Parteigenossen“, von denen er hunderten im Stile eines wandelnden Geldboten größere Barbeträge persönlich übergab. Selbst Repräsentanten der Hamburger Wirtschaft ließ Kaufmann aus seinen üppigen Finanzquellen Mittel zukommen oder schanzte ihnen über Kontaktpersonen im Reichswirtschaftsministerium Reichskredite zu Vorzugskonditionen zu⁵⁴. Umgekehrt bezog Kaufmann entsprechende Spenden aus der Hamburger Wirtschaft und zeigte sich gegen angemessenes Entgelt zu vielfältigen Dienstleistungen bereit⁵⁵. Mit der „Hamburger Stiftung von 1937“ komplettierte sich ein zentralistisches System der Protektion, das von der Zuteilung von Arbeitsplätzen und gutdotierten Scheinämtern über umfangreiche Geldzahlungen bis zur Verteilung jüdischer Grundstücke, Häuser und Betriebe an ausgewählte Günstlinge reichte⁵⁶.

⁵⁰ Schreiben in: Ebenda, Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst, G 2 c HV 1936 IV.

⁵¹ BDC, Personalakte Kaufmann/PK, Schreiben Schwarz an Kaufmann vom 9.2.1935.

⁵² Vgl. Bundesarchiv Potsdam (BAP), Reichsministerium des Innern, Nr. 27213 (Stiftungen der Gauleiter).

⁵³ StaHH, Hamburger Stiftung von 1937, besonders Nr. 1–16, 24.

⁵⁴ Beispiele in ebenda, Bürgerschaft II, C II d 1, Band 1.

⁵⁵ StaHH, Hamburger Stiftung von 1937, Nr. 5 (Einzahlungen); solche Dienstleistungen bestanden beispielsweise in der „Arisierung“ sog. halbjudischer Kinder, vgl. Ermittlungsverfahren Kaufmann, StA–LGAA, Band III, Bl. 320.

⁵⁶ Zur Begünstigung von Nationalsozialisten bei der „Arisierung“ und zur Rolle Kaufmanns siehe StaHH, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1939 SII 28; ebenda, Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe II, XXXIII D 5. Zur „Arisierung“ in Hamburg bereitet der Verfasser eine Dokumentation vor, die voraussichtlich 1995 erscheinen wird.

Repression gegenüber persönlichen Gegnern, aber ein ausgreifender sozialer Paternalismus gegenüber dem Gros der Parteigenossenschaft bildeten wesentliche Merkmale der innerparteilichen Herrschaft Kaufmanns, der parteiintern auch als „Kurfürst“ bezeichnet wurde und die Hamburger NSDAP zunehmend wie ein Patriarch regierte. Der umfassenden Patronage kam nicht zuletzt auch eine Kompensationsfunktion für die relative Einflußlosigkeit der Parteiorganisation zu, die an der staatlichen Macht kaum partizipierte. Einige Parteifunktionäre, die den oft herausgestellten Grundsatz „Die Partei befiehlt dem Staat“ nach 1933 wörtlich nahmen, verwies Kaufmann energisch in ihre Schranken und kanalisierte den gesamten Schriftverkehr zwischen Partei und Verwaltung zunächst in der Hand eines ihm treu ergebenen Verbindungsreferenten⁵⁷.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, blieben die Gauämter der Partei weitgehend einflußlos, zumal sie häufig Nationalsozialisten in Personalunion mit einem parallelen Staatsamt leiteten und so jede Kontrollfunktion der Partei ad absurdum führten. Lediglich einzelne Nebenorganisationen wie die HJ oder die NSV erzielten tiefere Einbrüche in den traditionellen staatlichen Verantwortungsbereich. Eine klare Aufgabentrennung zwischen Partei und Verwaltung kam jedoch nie zustande. Eine diesbezügliche Kommission, die Kaufmann 1938 eingesetzt hatte, vertagte sich schließlich ergebnislos auf die Zeit nach dem „Endsieg“⁵⁸.

Für Kaufmann bildete die Partei allerdings ein wichtiges Personalreservoir, aus dem er sich regelmäßig bei der Bestellung von Sonderbeauftragten und Sonderbevollmächtigten bediente. Hatten diese vorher eine bestimmte Parteiorganisation geleitet, so wurde diese von Kaufmann bisweilen einfach aufgelöst – ein Vorgang, der wie kein zweiter die Nachrangigkeit des Parteiamentes gegenüber der Ausübung staatlicher Macht unterstreicht⁵⁹.

4. Kaufmanns Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftsgefüge

Mit seiner Ernennung zum Hamburger Reichsstatthalter am 16. Mai 1933 nahm Kaufmann selbst eine institutionelle Doppelstellung als örtlicher Leiter der NSDAP und Beauftragter der Reichsregierung Hitler in Hamburg ein. Als solcher beaufsichtigte er die Umsetzung der Reichsregierungspolitik in Hamburg, konnte die Landesregierung sowie die Landesbeamten ernennen und entlassen, die Bürgerschaft auflösen sowie die Landesgesetze ausfertigen und verkünden⁶⁰. Formal war damit ein ver-

⁵⁷ Vgl. die entsprechenden Anordnungen Kaufmanns in: StaHH, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1933 A 141.

⁵⁸ Ebenda, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 454 (Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Verwaltung und Partei).

⁵⁹ Hamburger Tageblatt, 1. 11. 1937: „Durch die Zusammenlegung der Kreise werden eine große Zahl bester Kräfte frei, die nun endlich dort eingesetzt werden können, wo die brennendsten Probleme liegen.“

⁶⁰ BAK, R 43 II/1376, 1392, 1393 i; vgl. auch Hans-Jürgen Sengotta, Der Reichsstatthalter in Lippe 1933–1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis, Detmold 1976. Zur Stellung der Gauleiter und Reichsstatthalter im Kriege siehe Dieter Rebentisch, Führerstaat, S. 231–282.

fassungsrechtlicher Dualismus zwischen dem Reichsstatthalter und dem sogenannten „Regierenden Bürgermeister“ Carl Vincent Krogmann entstanden. Faktisch jedoch degradierte Kaufmann die Landesregierung zum bloßen Befehlsempfänger⁶¹ und stützte die Rolle des Regierenden Bürgermeisters auf die eines repräsentativen bürgerlichen Aushängeschildes zurecht, indem er ihm einen getreuen Paladin, den Staatssekretär Georg Ahrens, als Aufpasser verordnete. Krogmann, dem selbst enge Mitarbeiter bescheinigten, er sei „politisch in der Pubertät steckengeblieben“⁶², entwickelte sich damit zu einer Randfigur der politischen Szenerie, die auch der Volksmund schon bald als „Regierter Bürgermeister“ bespöttelte.

Im Jahre 1936 beendete Kaufmann den verfassungsrechtlichen Dualismus auch formal, indem er sich von Hitler zum Chef der hamburgischen Landesregierung ernennen ließ⁶³. 1937/38 stufte er Krogmann gar in den Rang eines Ersten Beigeordneten zurück, als sich die Hamburger Verwaltung im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes in eine Staats- und eine Gemeindeverwaltung trennte. Diese extreme Zentralisierung der politischen Verantwortung, die Hamburg zu einer Miniaturausgabe des „Führerstaates“ machte, darf jedoch nicht vorschnell als persönliche Allmacht gedeutet werden. Vielmehr blieb das persönliche Regiment Kaufmanns charakteristischen Einschränkungen unterworfen.

Zum einen drohte sich die Zentralinstanz durch die Anhäufung von Kompetenzen selber lahmzulegen. Kaufmanns Dauerklagen über seine völlige Überlastung und seine Neigung, Schreiben und Denkschriften mit einem Gesamtumfang von über 2 Seiten ungelesen in den Papierkorb wandern zu lassen, kennzeichnen dieses Dilemma sehr deutlich⁶⁴. Im Gewirr der Vorgänge, die im Zentralbüro des Reichsstatthalters aufliefen, verlor Kaufmann zumindest phasenweise die Orientierung. Manches blieb gleich jahrelang liegen, und einfachste Vorgänge wie die Ausschmückung von Straßen anlässlich eines „Führerbesuches“ gerieten bisweilen zum organisatorischen Desaster⁶⁵. Jede konzeptionelle Gestaltungskraft verbrauchte sich zudem in Kaufmanns Hang, auch kurioseste Details selbst entscheiden zu wollen. So beschäftigte sich Kaufmann etwa eingehend mit der Frage, ob Beamte der Schutzpolizei, die außerhalb ihres Dienstes in Uniform auftraten, dabei Zigarette, Zigarre oder Pfeife rauchen durften⁶⁶.

⁶¹ Vgl. die Aussage Carl Vincent Krogmanns vom 17. 10. 1950, ein Wunsch Kaufmanns sei „für den Senat praktisch Befehl“ gewesen, Ermittlungsverfahren Kaufmann, StA-LGHH, Bd. II, Bl. 208.

⁶² So der ehemalige Senatssyndikus Paul Lindemann, Unterredung mit Heinrich Heffter am 1. 9. 1949, in: Archiv Fst., Fasc. 12 (Personalakte Lindemann).

⁶³ Beauftragung Kaufmanns in: BAK, R 43 II/1346, Bl. 11.

⁶⁴ StaHH, Innere Verwaltung, A II 3, Runderlaß Kaufmanns vom 7. 11. 1936.

⁶⁵ Ebenda, Finanzdeputation IV, VuO II A 1 a XVI 1 a. Kaufmann hatte die Kreisleiter der NSDAP mit der Ausschmückung der Straßen beauftragt und ihnen entsprechende Geldmittel zugewiesen, ohne davon die Verwaltung zu informieren, die ihrerseits entsprechende Mittel bereitstellte, was zu einem heillosen Organisationschaos und einer verschwenderischen Doppelfinanzierung auf Kosten des Hamburger Steuerzahlers führte.

⁶⁶ Kaufmann erklärte dabei das Pfeiferauchen für „unerwünscht“; ebenda, Innere Verwaltung, A II 3, Schreiben Kaufmann an Oberst Klein vom 15. 7. 1935.

Zum anderen mangelte es einem derart zentralistischen Entscheidungssystem an Koordination. Nachdem der Senat als kollektives Leitungsgremium faktisch abgedankt hatte und Senatssitzungen kaum noch stattfanden, traf Kaufmann politische Entscheidungen meist im Vier-Augen-Gespräch mit dem zuständigen Verwaltungsleiter. Aus diesem Mangel an Transparenz und Informationsaustausch resultierte häufig nicht nur ein groteskes, unverbundenes Nebeneinander verschiedenster Institutionen und Ressorts. Es wird drittens auch deutlich, warum dieses System unfähig war, nicht nur die Artikulation von Interessen überhaupt zuzulassen, sondern auch einen Interessenausgleich herbeizuführen, der sich ja nicht mehr im Parlament oder in Senatsberatungen vollziehen konnte, sondern allenfalls in der Person des Gauleiters und Reichsstatthalters selbst.

Dieser ausgeprägten regionalen Machtstellung der Gauleiter stand allerdings ein Reichszentralismus entgegen, der vor allem im „Gesetz über den Neuaufbau des Deutschen Reiches“ vom 30. Januar 1934 zum Ausdruck kam. Das Gesetz hob die Souveränität der deutschen Länder und damit auch Hamburgs auf und unterstellte die Reichsstatthalter der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers. Diese Gleichschaltung der Länder mit dem Reich ging in Hamburg sogar weiter als in anderen Ländern, weil Hamburg keine Trennung von Landes-, Stadt- und Gemeindeverwaltung kannte und damit auch keine Sphäre einer halbwegs reichsunabhängigen kommunalen Selbstverwaltung definiert werden konnte⁶⁷.

Der völligen „Verreichlichung“ Hamburgs wirkten zunächst vor allem informelle Absprachen entgegen, die Kaufmann etwa in Fragen des Beamtenernennungsrechtes mit den Reichsministerien getroffen hatte⁶⁸. Erst 1938 entstand mit der Hamburger Gemeindeverwaltung ein Entscheidungsbereich, der einer rudimentären kommunalen Selbstverwaltung unterlag. Konfliktfälle zwischen Hamburg und den Reichsministerien entschieden sich jedoch nie nach der informellen oder formellen Zuständigkeit, sondern ausschließlich danach, welche Seite im polykratischen Machtgefüge des Dritten Reiches die stärkeren Fürsprecher hinter sich zu bringen mußte. Auf diesem Wege gelang es Kaufmann bisweilen, durch seine Immediatstellung bei Hitler und seine engen Beziehungen zu Hermann Göring Entscheidungen der Reichsministerien zu unterlaufen⁶⁹.

Als wirksamster Ausdruck des Reichszentralismus erwiesen sich die zahlreichen, bis 1942 auf 28 angewachsenen Reichssonderbehörden⁷⁰ in Hamburg, die ihre Direktiven von den Reichsministerien empfingen. Ihnen gegenüber besaß Kaufmann nur ein allgemeines Aufsichts- und Informationsrecht, aber keine direkte Anwei-

⁶⁷ Deshalb konnte in Hamburg auch die „Deutsche Gemeindeordnung“ vom 30. 1. 1935 nicht angewendet werden. Zu den daraus entstehenden Problemen siehe BAK, R 43 II/1381.

⁶⁸ BAK, R 43 II/1346, Bl. 48f., Rundschreiben Fricks an die Obersten Reichsbehörden betr. Beamtenernennungen durch den Hamburger Reichsstatthalter vom 16. 3. 1937.

⁶⁹ Vgl. etwa den Konflikt um die „Verreichlichung“ der Hamburger Seefahrtsschulen, in: StaHH, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 807.

⁷⁰ Zusammenstellung der Sonderbehörden in: StaHH, Staatsverwaltung-Allgemeine Abteilung, A I 12.

sungsbefugnis. Zu den aus Berlin zentral angeleiteten Reichssonderbehörden zählten so wichtige Institutionen wie der Oberfinanzpräsident, das Landesarbeitsamt Nordmark bzw. das Arbeitsamt Hamburg, der Reichstreuhänder der Arbeit und das Hanseatische Oberlandesgericht. Zwar sollten die Reichssonderbehörden nach dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 langfristig in den Hamburger Verwaltungskörper eingegliedert werden, doch gelang dies bis 1945 lediglich im Falle des unbedeutenden Reichspropagandaamtes⁷¹. Aufgrund der abgestoppten und nie realisierten Reichsreform blieb die vielproklamierte „Einheit der Verwaltung in der Reichsmittelinstanz“ Hamburg eine Chimäre, unterblieb jede klare Definition von Zuständigkeiten und Kompetenzen.

Alle diese Probleme im Verhältnis Hamburgs zum Reich traten in verschärfter Form auch innerhalb Hamburgs und seiner Verwaltung auf. Zwar standen die Jahre nach 1933 vor allem in personeller Hinsicht unter dem Signum der Kontinuität insbesondere in der höheren Beamtenschaft⁷², weil eine qualifizierte nationalsozialistische Funktionselite fast völlig fehlte, doch wirkte sich dieser Umstand in der Praxis staatlichen Handelns kaum retardierend oder gar im Sinne eines gegenüber dem Nationalsozialismus „resistenten“ politischen Eigengewichts aus.

Zum einen war die Hamburger Verwaltung in der NS-Zeit einer nahezu permanenten Umgestaltung und Umgliederung unterworfen⁷³. Neben den drei großen Umwandlungswellen von 1933, 1937/38 und 1943, die alle Dienststellen gleichermaßen betrafen, strukturierte Kaufmann ganze Verwaltungszweige je nach tagespolitischer Opportunität um und setzte größere Teile der höheren Beamtenschaft einer permanenten Rotation aus⁷⁴. Zum andern etablierte Kaufmann ohne jede Rücksicht auf bestehende Kompetenzen neben den klassischen Verwaltungszweigen ein wucherndes System von Sonderbeauftragten, Sonderbevollmächtigten und Sonderdienststellen, die massiv in die Kompetenzen der traditionellen Behörden eingriffen. So leistete sich Hamburg auf dem Felde der Wirtschaftspolitik u. a. einen Sonderbeauftragten für Wirtschaftsförderung und Vierjahresplan, einen Wirtschaftsbeauftragten des Reichsstatthalters, einen Arisierungbeauftragten, einen Sonderbeauftragten für die Beziehungen Hamburgs zu den Reichswerken Hermann Göring, einen Sonderbeauftragten für Westwallarbeiten und viele Dienststellen mehr.

Die Sonderbevollmächtigten rekrutierte Kaufmann stets aus dem Kreis seiner persönlichen Günstlinge, betrachtete er doch Verwaltungsorganisation gemäß dem na-

⁷¹ BAK, R 43 II/1346 a, Bl. 56–68.

⁷² Zu ähnlichen Tendenzen in anderen Regionen siehe Michael Ruck, *Administrative Eliten in Demokratie und Diktatur. Beamtenkarrieren in Baden und Württemberg von den zwanziger Jahren bis in die Nachkriegszeit*, in: Cornelia Rauh-Kühne/ders., *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie*, München 1993, S. 37–69.

⁷³ Vgl. Hans Peter Ipsen, *Hamburgs Verfassung und Verwaltung. Von Weimar bis Bonn*, Hamburg 1956.

⁷⁴ Zum Rotationswesen in der höheren Beamtenschaft siehe die Anordnungen Kaufmanns in: StaHH, Staatsverwaltung-Allgemeine Abteilung, A I 2.

tionalsozialistischen Primat der „Menschenführung“⁷⁵ in erster Linie als angewandte Personalpolitik. Auf diesem Wege bildete sich die Herrschaft einer um Kaufmann zentrierten politischen Clique aus, die 1943 ihren Höhepunkt erreichte, als Kaufmann ohne jede Rechtsgrundlage für alle Verwaltungsbereiche sogenannte „Generalkommissare“ mit unbeschränkten Machtbefugnissen ernannte⁷⁶.

Drittens übte Kaufmann einen gleichsam „populistischen“ Druck auf die Hamburger Verwaltung aus, mit der er nicht allzu eng assoziiert werden wollte. Er präsentierte sich der Bevölkerung daher als eine unabhängige Appellationsinstanz, an die sich jedermann auch unter Umgehung von Dienstwegen wenden konnte. So hielt Kaufmann eine wöchentliche Sprechstunde für die Bevölkerung ab⁷⁷ und richtete gegen den Widerstand der Verwaltung eine mit persönlichen Vertrauensleuten besetzte sogenannte „Prüfungs- und Beratungsstelle“ ein, bei der sich die Hamburger über Verwaltungsentscheidungen beschweren konnten⁷⁸. Allein zwischen Januar 1935 und März 1937 gingen bei der Prüfungs- und Beratungsstelle über 15 000 Beschwerden ein, derer sich Kaufmann in vielen Einzelfällen auch persönlich annahm. Dabei setzte er die Interessen der Beschwerdeführer häufig gegen bestehende Rechtsgrundlagen durch, indem er die Verwaltung zwang, gegen geltendes Recht zu verstößen⁷⁹. Die Kehrseite hiervon bildete eine schleichende Erosion der normativen Grundlagen staatlichen Handelns⁸⁰. Alle staatlichen Handlungen und Verwaltungsakte standen somit unter dem relativierenden Vorbehalt eines „Führerwillens“ – eine Herrschaftspraxis, die durch eine zwar nie vollständige, aber doch stetig voranschreitende parasitäre Zersetzung des bürokratischen Normenstaates gekennzeichnet war.

Es wäre jedoch verfehlt, diese Herrschaftsstruktur ausschließlich als dysfunktional, atavistisch und leistungsschwach zu charakterisieren⁸¹, war doch das NS-System al-

⁷⁵ Zum Begriff der „Menschenführung“ siehe Dieter Rebentisch/Karl Tepe (Hrsg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers*, Göttingen 1986.

⁷⁶ StaHH, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 470, Schreiben des Rechtsamtes vom 6. 10. 1943 betr. Rechtsstellung der Generalkommissare. Daß der neuernannte Reichsinnenminister Himmler derartige, nicht zuletzt auch den Einfluß der Reichsinstanzen schwächende Anordnungen Kaufmanns ohne erkennbaren Widerspruch hinnahm, zeugt von Tendenzen eines schleichenden Machtzerfalls im Zentrum des nationalsozialistischen Staates.

⁷⁷ Hamburger Fremdenblatt, 22. 5. 1933: „Der Entschluß des Reichsstatthalters zeugt von seinem Bestreben, engste Fühlung mit der Bevölkerung, ihren Wünschen, Sorgen und sonstigen Anliegen zu halten.“

⁷⁸ StaHH, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 508; ebenda, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1935 A 8.

⁷⁹ Beispiele in: StaHH, Innere Verwaltung, A II 3.

⁸⁰ Vgl. auch Hans Mommsen, *Der Nationalsozialismus und die Auflösung des normativen Staatsgefüges*, in: Wolfgang Luthard/Alfons Söllner (Hrsg.), *Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis*, Opladen 1989, S. 67–75.

⁸¹ Dies betont vor allem Hans Mommsen, z. B. in *Nationalsozialismus*, in: Claus D. Kernig (Hrsg.), *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. 4, Freiburg 1971, Sp. 695–713; ders., *Adolf Hitler als „Führer“ der Nation (Nationalsozialismus im Unterricht, Studieneinheit 11)*, hrsg. vom Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, Tübingen 1984.

lein in seiner Destruktivität zu schrecklichen Leistungen imstande. Vielmehr besaß der Hamburger „Führerstaat“ auch dynamisierende Elemente, indem etwa Verwaltungshierarchien abgebaut oder Dienstwege und Entscheidungsprozesse verkürzt wurden. Leitende Beamte der Hamburger Verwaltung hoben nach 1945 dementsprechend hervor, daß Kaufmann „wohltuend schnell und schlank in seinen Entschlüssen“⁸² gewesen sei. Die partielle Dynamik von Entscheidungsprozessen konnte allerdings nicht über die Kurzatmigkeit und Kampagnenhaftigkeit von Kaufmanns Politikstil hinwegtäuschen, der einem Muster verhaftet blieb, das sich in der Weimarer Republik während der hektischen Abfolge von Wahlkämpfen, Aufmärschen und Propagandakampagnen ausgebildet hatte. Eine auch nur mittelfristig planende und entwickelnde Strukturpolitik war unter diesen Bedingungen nicht möglich. Im Wechselspiel von punktueller Intervention und kurzfristiger Mobilisierung aller Ressourcen entwickelten Kaufmann und die Nationalsozialisten die infrastrukturellen Grundlagen Hamburgs nicht schöpferisch und planvoll, sondern betrieben im Gegenteil deren Raubbau vor allem zur Kriegsvorbereitung. Deshalb verwundert es nicht, daß Hamburg unter der Herrschaft des Nationalsozialismus faktisch aus dem Bestand lebte: Im Wohnungsbau, einst eine sozialdemokratische Domäne, war die Hansestadt schon unmittelbar nach 1933 deutlich hinter andere deutsche Großstädte zurückgefallen. Öffentliche Bauten wurden kaum ausgeführt, und selbst notwendige Instandhaltungsmaßnahmen wie etwa die Pflege der Hafenanlagen mußten aus Rohstoffmangel unterbleiben. Daher flüchteten sich Kaufmann und die Nationalsozialisten aus der Tristesse des Regierungsalltags zunehmend in utopische Neugestaltungsplanungen Hamburgs⁸³, die jedoch im Kern nur den monumentalistischen Größenwahn Hitlers bezeugten, aber keineswegs den Interessen der Stadt dienten.

5. „Sozialismus der Tat“

Die Stabilität des NS-Regimes in Hamburg hing jenseits von Fragen der Herrschaftsorganisation auch davon ab, wie die Nationalsozialisten mit zwei Traditionen umgehen würden, die vor 1933 die politische Kultur Hamburgs entscheidend geprägt hatten, der Tradition der Arbeiterbewegung und des hanseatischen Bürgertums. Die Arbeiterpolitik des Regimes erschöpfte sich deshalb in Hamburg keineswegs in der Repression⁸⁴. Kaufmann selbst entwickelte eine Reihe sozialpolitischer Initiativen vor allem gegenüber der Hafenarbeiterschaft, deren Kernstücke die von ihm konzipierte

⁸² So Hans Peter Ipsen in einem Gespräch mit Heinrich Heffter, 19. 8. 1950, in: Archiv Fst., Fasc. 12 (Personalakte Ipsen).

⁸³ Michael Bose u. a., „... ein neues Hamburg entsteht ...“ Planen und Bauen von 1933–1945, Hamburg 1986.

⁸⁴ Zum Sozialpopulismus des Regimes am Beispiel des Saarlandes und des saarpfälzischen Gauleiters Bürckel – mit dem Kaufmann eng befreundet war – siehe Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991, S. 134 ff.; Gerhard Paul, Josef Bürckel – Der rote Gauleiter, in: Smelser/Syring/Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite, S. 51–65.

„Hilfsstelle Hafen“, ein System von Ausgleichszahlungen für unregelmäßig und ständig beschäftigte Hafentarbeiter, der „Urlaubstrupp Hafen“⁸⁵, ein Siedlungswohnungsbau für Hafentarbeiter sowie günstigere Verkehrstarife bildeten⁸⁶. Darüber hinaus verteidigte Kaufmann das hohe Lohnniveau in Hamburg gegenüber Tendenzen zur Lohnsenkung, die insbesondere bei der Ansiedlung neuer Betriebe laut wurden, entwickelte Initiativen zur Lohnfortzahlung für Arbeiter an Feiertagen⁸⁷ und förderte einzelne Arbeitergruppen wie die städtischen Sielarbeiter⁸⁸ gezielt durch Lohnverbesserungen und Urlaubszeitverlängerungen. Aus Mitteln seiner „Hamburger Stiftung von 1937“ finanzierte Kaufmann eine „Weihnachtsspende des Reichsstatthalters“ für Bedürftige und leistete im Krieg spezielle Zuwendungen an Bombenopfer, indem er u. a. Patenschaften für Kinder übernahm, die nach Luftangriffen zu Vollwaisen geworden waren⁸⁹.

Dieser „Sozialpopulismus“ wies partiell auch brachiale Züge auf, etwa wenn Kaufmann drastische Ordnungsstrafen gegen Gastwirte wegen unerlaubter Erhöhung der Bierpreise verhängte⁹⁰ oder Hausbesitzer aufgrund von Wuchermieten vorübergehend als „Volksschädlinge“ inhaftiert wurden⁹¹. Solche Initiativen Kaufmanns, die allerdings nicht als systematische Sozialpolitik bezeichnet werden können und vor allem auf die propagandistische Verwertbarkeit abzielten, zollten nicht nur den nach wie vor virulenten Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Hamburg Tribut, sondern offenbarten auch den „Gefühlssozialismus“ des Gauleiters, den er verbal immer wieder zum Ausdruck brachte, etwa wenn er seinen „heißen Willen zum Sozialismus“⁹² bekundete oder emphatisch ausrief: „Kein Weg ist mir lieber und keine Stunde schöner, als wenn ich unter Hamburger Arbeitern stehen kann.“⁹³

Durch seine sozialen Initiativen erwarb sich Kaufmann in der Hamburger Bevölkerung eine gewisse Popularität, die auch in dem weitverbreiteten Spitznamen „Kuddel Kaufmann“ zum Ausdruck kam⁹⁴. Sein autoritärer Populismus sollte das

⁸⁵ Siehe StaHH, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 104. Beim „Urlaubstrupp Hafen“, der unter dem Patronat Kaufmanns stand, handelte sich um einen freiwilligen Zusammenschluß von Angestellten und Beamten, die in ihrem Urlaub unentgeltlich Hafentarbeiter verrichteten, um Hafentarbeitern die Teilnahme an KdF-Erholungsreisen zu ermöglichen.

⁸⁶ StaHH, Sozialbehörde I AF 82.22, AF 82.31 und AF 82.39.

⁸⁷ Vgl. Karl Kaufmann, Der deutsche Arbeiter und Weihnachten, in: Hamburger Tageblatt, 28.11.1936.

⁸⁸ StaHH, Senatskommission für die Angelegenheiten der Staatsarbeiter II, 35 Mb 28.

⁸⁹ Ebenda, Hamburger Stiftung von 1937, 12, Bd. 6–9, 19, 21, 22.

⁹⁰ Ebenda, Senatskanzlei-Verwaltungsbeschwerden, 84/2.

⁹¹ Ebenda, Staatsamt 29, Schreiben des Innensenators an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern vom 24.10.1935.

⁹² Hamburger Anzeiger, 26.8.1935.

⁹³ Hamburger Tageblatt, 29.12.1938.

⁹⁴ Vgl. das Porträt Kaufmanns in: Das Reich, 15.8.1943; zur Verwendung des Spitznamens Kuddel, selbst im halbamtlichen Schriftverkehr, siehe StaHH, Architekt Gutschow, A 102, Hillebrecht an Gutschow: „Sie werden irgendwie aus Hamburg helfen müssen und wenn es Kuddel Kaufmann persönlich ist.“

Image eines unabhängigen, jovial und fürsorglich auftretenden „starken Mannes“ verfestigen. Freilich konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich etwa in der NS-Sozialpolitik auch in Hamburg der Rechtsanspruch des Einzelnen auf soziale Hilfe zunehmend in eine Pflicht des Einzelnen zur Arbeitsleistung für die „Volksgemeinschaft“ verwandelte und nur noch diejenigen unterstützt wurden, die dem utilitaristischen Kalkül der „Nützlichkeit“ genügten⁹⁵. Zudem grenzte das rassistische Paradigma der nationalsozialistischen Sozialpolitik ganze Bevölkerungsteile aus den sozialen Fürsorgemaßnahmen aus⁹⁶. „Gleichheit und Brüderlichkeit, wie sie der Marxismus gepredigt hat, gibt es nicht unter den Menschen“, hatte Kaufmann schon 1933 verkündet. Dazu seien sie „rassenmäßig und intellektuell zu verschieden“⁹⁷. So sehr daher die sozialpopulistische NS-Propaganda die Interpretation sozialer Realität beeinflusste, so wenig konnte sie darüber hinwegtäuschen, daß ein Abbau traditioneller Klassen- und Schichtengegensätze in der Realität kaum gelang. Dennoch bekannte sich Kaufmann aktiv zu einer propagandistischen Beschönigung der Realität, als er im November 1937 vor Vertretern der Hamburger Wirtschaft ausführte: „Wir müssen den Eindruck erwecken bei den Arbeitnehmern, daß ihnen unsere größte Sorge gehört“, denn – so Kaufmann wörtlich –: „Alles ist Hoffnung, Glaube, Stimmung.“⁹⁸ Im Oktober 1940 gestand Kaufmann in einer Rede vor der Hamburger Handelskammer ein, daß sein autoritärer Sozialpopulismus von Anfang an auch mit dem strategischen Ziel der Kriegsvorbereitung verbunden war: „Wenn ich vor dem Kriege auf dieses Kapitel der Betreuung, Erziehung und Führung der deutschen Arbeiter so großen Wert gelegt habe, geschah dies in der Erkenntnis, daß der totale Krieg in einem Industriestaat nicht nur mit Waffen und Soldaten, sondern vor allen Dingen mit Arbeitern geführt wird.“⁹⁹

Ein solcher Satz offenbarte nicht nur das zynische Kalkül der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik, er zielte auch beruhigend auf jene traditionellen Hamburger Führungsschichten, die hinter mancher sozialpolitischen Initiative Kaufmanns bereits das Schreckgespenst des „braunen Bolschewismus“ hervortreten sahen.

6. Die traditionellen Führungsschichten und der regionale Lobbyismus Kaufmanns

Das Verhältnis der Hamburger Nationalsozialisten zu den traditionellen, vor allem von den Großkaufleuten repräsentierten Eliten, die seitens der Nationalsozialisten wechselweise als „Reaktion“ oder „liberalistische Kreise“ bezeichnet wurden, war seit 1933 starken Schwankungen ausgesetzt. So hatte sich im Frühjahr 1933 zunächst

⁹⁵ Uwe Lohalm, Der öffentliche Umgang mit der Armut. Zur nationalsozialistischen Fürsorgepolitik in Hamburg, in: Frank Bajohr/Joachim Szodrzynski (Hrsg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995.

⁹⁶ Vgl. ders., Hamburgs öffentliche Fürsorge und die Juden 1933 bis 1939, in: Hertzog (Hrsg.), Juden in Hamburg, S. 499–514.

⁹⁷ Hamburger Nachrichten, 13.6.1933.

⁹⁸ Archiv Fst., Fasc. 12 (Personalakte Kaufmann), Rede Kaufmann am 2.11.1937.

⁹⁹ Ebenda, Fasc. 32325, Rede vom 29.10.1940.

eine illusionsbehaftete Annäherung vollzogen, die in vielen Formen bürgerlicher Kollaboration mit dem Nationalsozialismus zum Ausdruck kam. Dabei spielte auf bürgerlicher Seite ein virulenter Antikommunismus ebenso eine Rolle wie ein nationales, ja nationalistisches Ressentiment gegen den Versailler Vertrag und seine Folgen, vor allem die Ablieferung der Handelsflotte und den Verlust der Kolonien¹⁰⁰.

Viele, die sich von dem Arrangement mit den Nationalsozialisten eine Restauration bürgerlicher Herrschaft versprochen hatten, sahen sich jedoch nach kürzester Zeit bitter enttäuscht. In der Kaufmannschaft herrschte schon bald große Unzufriedenheit über die dauerhaft schlechte Wirtschaftssituation¹⁰¹. Viele Repräsentanten des Bürgertums, die sich einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten verweigert hatten, setzte Kaufmann nach 1933 kleinlichen Schikanen aus. Das rüde Benehmen der Nationalsozialisten, ihre plebejische Orientierung, ihre häufig extreme Jugendlichkeit und die Tatsache, daß hier vielfach Personen an die Macht gelangt waren, die sich auf ihrem bisherigen Lebensweg als Totalversager entpuppt hatten – all dies entsprach keineswegs den althergebrachten Grundsätzen hanseatischer Lebenserfahrung und Tüchtigkeit. „Ein Jüngling von 33 Jahren“, notierte ein Hamburger Bürger fassungslos bei der Amtseinführung Kaufmanns als Reichsstatthalter¹⁰².

Auch die Praxis mechanistischer Gleichschaltung des öffentlichen Lebens traf in ihren egalisierenden Wirkungen auf bürgerliche Kritik. Als Residuen des Bürgertums waren schon nach kürzester Zeit nur noch Teile der Wirtschaft und des traditionellen gesellschaftlichen Lebens übriggeblieben. Letzteres wurde von Kaufmann weitgehend gemieden, der kein Mann des bürgerlichen Salons, sondern des Bierkellers war und in einer alkohol- und kampfliedgeschwängerten Atmosphäre „wie ein übermütiger Junge“ wirkte¹⁰³. Auch auf seiten der Nationalsozialisten hatte sich manches plebejische Ressentiment gegenüber den traditionellen Eliten aufgestaut, das sich auf Parteiversammlungen in heftigen Ausfällen gegen das „Gesindel aus Harvestehude und Uhlenhorst“ Luft machte¹⁰⁴. So kritisierte der nationalsozialistische Hamburger Gesandte in Berlin, Peter Ernst Eiffe, 1934 in einem Brief an das Reichswirtschaftsministerium das „Hamburgisch-Bremische Familienprinzip“ der Kaufmannschaft, das kein Nationalsozialist durchdringen könne, es sei denn, man werde „Schwiegersohn“¹⁰⁵. Er forderte daher, der politischen die „wirtschaftliche Revolution“ folgen zu lassen und dabei die Vergabe staatlicher Mittel an die Wirtschaft

¹⁰⁰ Vgl. Unterredung Dr. Schottelius mit Peter Ernst Eiffe, dem ehemaligen Hamburger Gesandten in Berlin, am 29.10.1952, in: Archiv Fst., Fasc. 12 (Personalakte Eiffe). Ab 1933 enthielten die Berichte der Hamburger Handelskammer umfangreiche Mitteilungen über „Kolonialfragen“.

¹⁰¹ Archiv Fst., Fasc. 227–11, IHK Hamburg II, Schreiben der Firma Dittmer & Kordes an die Handelskammer vom 25.8.1934.

¹⁰² Tagebuch Cornelius Freiherr von Berenberg-Göfller, 20.5.1933 (Privatbesitz).

¹⁰³ So die Einschätzung des Gauschulungsleiters Gundlach, in: StaHH, Bürgerschaft II, C II d 1, Band 1, Aufzeichnung vom 12.4.1946.

¹⁰⁴ Hamburger Tageblatt, 26.4.1935. Beide Stadtteile gehörten und gehören zu den bevorzugten Wohngebieten des Bürgertums.

¹⁰⁵ StaHH, Staatsamt, 129, Schreiben vom 1.3.1934.

von einem entsprechenden politischen Wohlverhalten abhängig zu machen. Damit hatte Eiffe eine Ebene benannt, auf der sich eine Annäherung zwischen der Hamburger Wirtschaft und der nationalsozialistischen Staatsführung vollziehen sollte. Denn aufgrund ihrer Strukturschwäche und der einseitigen Stärkung des Binnenmarktes in der NS-Zeit war die krisenanfällige Hamburger Wirtschaft in eine weitgehende Staatsabhängigkeit geraten, hing sie in einem Ausmaß am staatlichen Tropf wie nie zuvor oder danach in ihrer Geschichte. Die Kreditaktionen für die Überseehäuser, die Quasi-Verstaatlichung des Außenhandels über Zusatzausfuhrverfahren und zahlreiche bürokratische Regelungsmechanismen, die staatlichen Stützungsmaßnahmen für die Großschifffahrt, die Abhängigkeit der Wertindustrie von den Aufträgen der Kriegsmarine und schließlich die Ausrichtung der Hamburger Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung im Rahmen des Vierjahresplanes bezeichnen einzelne Elemente dieses Prozesses.

In einer Zeit, in der die Hamburger Wirtschaft permanenter staatlicher Intervention bedurfte, profilierte sich Kaufmann als staatlicher Sachwalter hamburgischer Wirtschaftsinteressen und bezeichnete sich vor der Handelskammer gern als „reisender Kaufmann der Firma Hamburg“, nach Erlaß des Groß-Hamburg-Gesetzes auch als „Groß-Kaufmann“¹⁰⁶. Ab 1934 schaltete sich Kaufmann verstärkt in Belange der Hamburger Wirtschaft ein und setzte Ende 1934 in einer Krisensitzung zwischen der Hamburger Staats- und Parteiführung und den Reichsministern, die in Anwesenheit Hitlers stattfand, die Anerkennung Hamburgs als wirtschaftliches Notstandsgebiet durch¹⁰⁷. Darüber hinaus arrangierte Kaufmann über die Hamburger Gesandtschaft in Berlin zahlreiche Kontaktgespräche sowie „Herrendiners“ zwischen der Hamburger Wirtschaft und den Reichsministerien und betrieb so einen ausgedehnten regionalwirtschaftlichen Lobbyismus, der vor allem auf eine Stärkung des Außenhandels ausgerichtet war¹⁰⁸.

In wirtschaftspolitischen Fragen suchte und befolgte er regelmäßig den Rat eines informellen Beraterkreises aus Repräsentanten der Hamburger Wirtschaft¹⁰⁹. Mit einzelnen Hamburger Wirtschaftsführern pflegte Kaufmann daher bald ein enges Duverhältnis, und so konnte er im März 1939 schließlich befriedigt feststellen: „Ich habe vor sechs Jahren nicht zu hoffen gewagt, daß nach einer solch kurzen Zeit eine so enge, verständnisvolle Zusammenarbeit mit dem überwiegenden Teil der hamburgischen Wirtschaft möglich sein könnte.“¹¹⁰

¹⁰⁶ Zit. nach Heinrich Hassbargen, Der ehemalige Gauleiter Kaufmann im Spiegel seiner eigenen Worte (unveröff. MS. vom 13. 8. 1951), in: Archiv Fst., Fasc. 12 (Personalakte Kaufmann).

¹⁰⁷ BAK, R 43 II/1344, Bl. 53 ff.

¹⁰⁸ Archiv Fst., Fasc. 12 (Personalakte Eiffe), Mitteilungen des ehemaligen Hamburger Gesandten in Berlin, Peter Ernst Eiffe, vom 24. 2. 1950.

¹⁰⁹ Dazu gehörten vor allem der Präses der Hamburger Handelskammer, Joachim de la Camp, der Direktor der Dresdner Bank, Anton Hübbe, sowie Emil Helfferich und Louis Leisler-Kiep von der HAPAG.

¹¹⁰ StaHH, Ratsherrenkanzlei 17, Stenographische Berichte über die öffentlichen Ratsherrenberatungen, 9. Beratung vom 30. 3. 1939, Zitat Kaufmann S. 146.

Ihre besondere moralische Brisanz gewann diese Kooperation in der Phase nationalsozialistischer Expansion ab 1938/39. Schon anlässlich der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich 1938 hatte Kaufmann hinter den Kulissen seinen ganzen Einfluß aufgeboten und eine maßgebliche Beteiligung der hamburgischen Wirtschaft an der Arisierung des jüdischen Zwischenhandels in Wien durchgesetzt¹¹¹.

Ab 1939 hievte er gezielt Gefolgsleute in entscheidende Stellen der nationalsozialistischen Besatzungsadministration, um Hamburger Interessen in den besetzten Ländern zu fördern. So waren etwa der Gauwirtschaftsberater der Hamburger NSDAP, Carlo Otte, als Hauptabteilungsleiter Volkswirtschaft beim Reichskommissar in Norwegen, der ehemalige Präses der Wirtschaftsbehörde, Dr. Gustav Schlotterer, als Leiter der Wirtschaftsabteilung des Ostministeriums und der Hamburger Senatsdirektor Dr. Walther Emmerich als Wirtschaftsminister im Generalgouvernement tätig.

Allein im Generalgouvernement nahmen über 20 Hamburger Großhandelsfirmen als sogenannte „Kreisgroßhändler“ und „Einsatzfirmen“ eine quasi-staatliche Funktion im nationalsozialistischen Besatzungsapparat ein und konnten dabei u. a. jüdische Firmen und deren Lagerbestände für sich vereinnahmen¹¹².

Diese „Betätigung“ der Hamburger Wirtschaft in den besetzten Gebieten gehört zu den am wenigsten aufgearbeiteten Kapiteln Hamburger Geschichte, und Spekulationen über sogenannte „Hamburger Raubzüge“ können eine umfassende empirische Aufarbeitung nicht ersetzen¹¹³. Klarheit besteht allerdings darüber, wie Kaufmann eine solche „Betätigung“ verstand. So warnte er die Hamburger Wirtschaft in der schon erwähnten Rede vom Oktober 1940 vor einer falschen Humanität in der Behandlung besetzter Gebiete und vertrat die Auffassung, „daß hier rücksichtslos die Interessen des eigenen Landes vorzugehen haben“, denn – so Kaufmann weiter: „So selbstlos sind Sie nicht und ich auch nicht.“¹¹⁴ Dementsprechend requirierte Kaufmann als Vertreter eines primitiven Beutestandpunktes in ganz Europa Waren und ließ sie nach Hamburg schaffen. Auf diesem Wege gelangten 1942 mehrere tausend komplette Wohnungseinrichtungen nach Auschwitz deportierter niederländischer Juden in die Hansestadt und wurden über Versteigerer und den Möbelhandel an zahlreiche Hamburger Haushalte verkauft¹¹⁵.

7. Regionale Aspekte des Holocaust

Über seine Stellung zur Judenverfolgung und zum Holocaust hat Kaufmann nach 1945 eine Flut von Rechtfertigungslegenden verbreitet, die teilweise sogar in die se-

¹¹¹ BAP, Reichssicherheitshauptamt, St 3/510, Bl. 11, Rede Kaufmanns vor dem Nationalklub von 1919 am 6. 5. 1938.

¹¹² Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung*, Hamburg 1991, S. 232–237.

¹¹³ Vgl. das gleichnamige Kapitel bei Aly/Heim, *Vordenker*, S. 232–237.

¹¹⁴ Archiv Fst., Fasc. 32 325, Bl. 40 ff.

¹¹⁵ StaHH, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1942 S II 538, Schreiben Beigeordneter Martini an Kaufmann vom 16. 10. 1942.

riöse historische Forschung Eingang gefunden haben¹¹⁶. Dabei berief sich Kaufmann stets auf seine öffentlichen Stellungnahmen gegen antisemitische Einzelaktionen¹¹⁷, die jedoch weder antijüdische Übergriffe in Hamburg verhindert hatten, noch gar eine generelle Abneigung Kaufmanns gegenüber dem Antisemitismus bedeuteten. Denn zu stark waren seine öffentlichen Reden mit antijüdischen Hetzparolen durchsetzt¹¹⁸, als daß eine solche Interpretation Bestand haben könnte. Kaufmann schreckte nicht einmal davor zurück, gemeinsam mit dem Stürmer-Herausgeber Julius Streicher eine antisemitische Massenkundgebung in Hamburg zu veranstalten, die am 30. August 1935 in der Hamburger Hanseatenhalle stattfand. Es wurde die größte Kundgebung, die je in Hamburg in geschlossenen Räumen stattgefunden hatte, als insgesamt 45 000 Hamburger antisemitischen Hetzreden zujubelten, die der Diktion des „Stürmer“ in nichts nachstanden¹¹⁹.

Was Kaufmann gegen den Pogromantisemitismus Stellung nehmen ließ, war keine Ablehnung des Antisemitismus, sondern ein stimmungspolitisches Kalkül: Der Bürger sollte durch Plünderungen und mobartige Gewaltaktionen nicht in seinem Sicherheitsbedürfnis beeinträchtigt werden. Deshalb strebte Kaufmann statt unkoordinierter Einzelaktionen eine – wie er es im Januar 1939 öffentlich formulierte – grundsätzliche „Lösung der Judenfrage“¹²⁰ an. Im September 1941 hielt er offenbar den Zeitpunkt einer solchen „Lösung“ für gekommen. In einem Brief an Hermann Göring bekannte Kaufmann: „Im September 1941 war ich nach einem schweren Luftangriff an den Führer herantreten mit der Bitte, die Juden evakuieren zu lassen, um zu ermöglichen, daß wenigstens zu einem geringen Teil den Bombengeschädigten wieder eine Wohnung zugewiesen werden könnte. Der Führer hat unverzüglich meiner Anregung entsprochen und die entsprechenden Befehle zum Abtransport der Juden erteilt.“¹²¹

¹¹⁶ Dies gilt etwa für die angebliche Ablehnung eines „wilden Antisemitismus“ durch die Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gauleiter, bei der sich Gerhard Schildt, Arbeitsgemeinschaft Nord-West, S. 103, lediglich auf eine mündliche Mitteilung Kaufmanns stützt. Vgl. auch die Bemerkung Hermann Gramls, Kaufmann habe den Novemberpogrom 1938 in Hamburg „strikt verboten“, so daß er „von Kommandos aus den Nachbargauen angezettelt werden“ mußte; Hermann Graml, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 25. Dergleichen hat zwar Kaufmann in den Nürnberger Prozessen behauptet, entspricht jedoch keineswegs der Realität; vgl. etwa die Angaben des Hamburger NSDAP-Kreisleiters Drescher, in: BAK, Z 42 IV/1668, Bl. 78 a.

¹¹⁷ Vgl. den Aufruf Kaufmanns gegen „wilde Plakatkleberei“, in: Hamburger Tageblatt, 13. 8. 1935.

¹¹⁸ Vgl. ebenda, 16. 8. 1935, 26. 8. 1935, 22. 2. 1936; dort u. a. Kaufmanns Ausführungen über „jüdische Moral“ und „deutsche Moral“.

¹¹⁹ Wortlaut der Reden in: Ebenda, 31. 8. 1935. Nach Meldungen der Hamburger Tageszeitungen drängten sich über 30 000 Hamburger in der vollkommen überfüllten Hanseatenhalle zusammen, während 15 000 weitere Zuhörer, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, die Rede über Außenlautsprecher verfolgten.

¹²⁰ Hamburger Fremdenblatt, 7. 1. 1939.

¹²¹ Kaufmann an Göring vom 4. 9. 1942, in: NA, Miscellaneous German Records Collection, T 84, Rolle 7. Das Schreiben Kaufmanns ist erwähnt bei Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, durchg. und erw. Ausg., Bd. 2, Frankfurt a. M. 1990, S. 498 f., dort aber falsch datiert und zitiert (1941 statt 1942, Rolle 2 statt Rolle 7).

Hier offenbarte sich nicht nur Kaufmanns zentrale Verantwortung für die Deportation tausender Hamburger Juden, die er zur wohnungspolitischen Verfügungsmasse herabwürdigte und in den Tod schickte. Mit großer Wahrscheinlichkeit gab Kaufmanns Initiative, der Versuche anderer Gauleiter vorausgegangen waren, ihren Gau „judenfrei“ zu machen¹²², darüber hinaus den entscheidenden Anstoß zur Deportation aller Juden aus dem sogenannten Altreich. Am 15. September 1941 hatte der alliierte Bombenangriff auf Hamburg stattgefunden¹²³, den Kaufmann zum Anlaß seiner Intervention bei Hitler nahm. Am 18. September 1941 teilte Heinrich Himmler dem Gauleiter des Warthelandes Greiser Hitlers Entscheidung mit, „daß möglichst bald das Altreich und das Protektorat vom Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden“¹²⁴ – sicher kein zufälliges zeitliches Zusammentreffen¹²⁵.

Die Deportation der Hamburger Juden wurde von der übrigen Bevölkerung ohne erkennbare Reaktion hingenommen, lagerte sich aber offensichtlich in einem kollektiven schlechten Gewissen ab, das sich zu einem Zeitpunkt erstmals meldete, als die Folgen des nationalsozialistischen Krieges im Juli/August 1943 in Gestalt der „Operation Gomorrha“ mit aller Gewalt über Hamburg hereinbrachen. Am 15. August 1943 schrieb der Hamburger Ostasienkaufmann Lothar de la Camp an seine Bekannten, „daß das einfache Volk, der Mittelstand und die übrigen Kreise von sich aus wiederholt Äußerungen unter vier Augen und selbst auch im größeren Kreise machten, die die Angriffe als Vergeltung gegen die Behandlung der Juden durch uns bezeichneten“¹²⁶.

8. In Erwartung des Endes

Die weitflächige Zerstörung der Stadt im Zuge der „Operation Gomorrha“ im Juli/August 1943 hatte Kaufmann einen Realitätsschock versetzt. Zuvor hatte sich Kaufmann vor der Wirklichkeit abzukapseln versucht, indem er sich die SD-Berichte

¹²² Noch im August 1941 war Goebbels mit dem Versuch einer sofortigen Deportation der Berliner Juden gescheitert und hatte lediglich die Zusage Hitlers erwirkt, „daß ich die Juden aus Berlin unmittelbar nach der Beendigung des Ostfeldzuges in den Osten abschieben kann.“ Tagebucheintragung vom 20. 8. 1941, zit. nach Ralf Georg Reuth (Hrsg.), Joseph Goebbels. Tagebücher, Bd. 4, München 1992, S. 1660f.

¹²³ Dabei wurden ca. 600 Hamburger obdachlos; vgl. Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg, Stuttgart 1978, S. 452.

¹²⁴ BAK, NS 19/2655. Vgl. Raul Hilberg, Vernichtung, Bd. 2, S. 421.

¹²⁵ Von daher sind Anordnungen Hitlers – Kaufmann spricht in seinem Brief an Göring von „Befehlen“ (wie Anm. 121) – zur Deportation der Juden aus dem „Altreich“ mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Zeit vom 16. bis 18. 9. 1941 ergangen. Wolfgang Scheffler datiert Hitlers Deportationsentscheidung auf „Mitte September 1941“. Vgl. Wolfgang Scheffler, Chelmo, Sobibor, Belzec und Majdanek, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1985, S. 148.

¹²⁶ Zit. nach Renate Hauschild-Thiessen (Bearb.), Die Hamburger Katastrophe vom Sommer 1943 in Augenzeugenberichten, Hamburg 1993, S. 230.

nicht mehr vorlegen ließ, weil diese seiner Meinung nach „Feindpropaganda“ enthielten¹²⁷. Das mehrtägige Großbombardement und seine Folgen – 35 000 Tote, 125 000 Verletzte, 900 000 Evakuierte, 255 000 zerstörte Wohnungen – erlaubte eine solche Flucht vor der Wirklichkeit nicht mehr. Der Schock vertiefte sich noch dadurch, daß Kaufmann in der verzweifelten Lage der Stadt von der Staats- und Parteiführung keine effektive Unterstützung erhielt, bisweilen sogar höhnische Kommentare erntete. „Ich glaube, daß Kaufmann angesichts der zweifellos außerordentlichen Lage etwas die Nerven verloren hat,“ notierte Goebbels in seinem Tagebuch. „Er ist wohl für eine so große Katastrophe etwas zu lyrisch und romantisch veranlagt.“¹²⁸

Als Kaufmann Mitte August 1943 bei einer Besprechung im Führerhauptquartier die Zerstörung Hamburgs eindringlich schilderte und auf eine ausreichende Luftabwehr zum Schutze der Großstädte drängte, speiste ihn Hitler mit lapidaren Bemerkungen über zukünftige Vergeltungswaffen ab. In dieser Situation – so berichtete Kaufmann nach 1945 – sei ihm zum ersten Male der Gedanke gekommen, „notfalls eigene Wege zu gehen“¹²⁹. Freilich blieb Kaufmanns Realitätswahrnehmung weiterhin durch das propagandistische Gloriolenbild des „Führers“ beeinflusst, hatte er auch sein persönliches Schicksal zu bedingungslos mit dem Nationalsozialismus verknüpft, als daß er zu wirklicher Unabhängigkeit im Denken und Handeln fähig gewesen wäre. Wie viele andere Gauleiter machte er daher für seine wachsenden Irritationen über Anordnungen aus dem Führerhauptquartier den Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, verantwortlich, stilisierte ihn zum „bösen Geist des Führers“ und bot Reichsminister Speer gar an, „den ‚Mephisto des Führers‘ persönlich zu erledigen“¹³⁰. Dennoch häufen sich seit 1943/44 die Indizien, daß Kaufmann angesichts der zu erwartenden Niederlage bestrebt war, sich im Sinne persönlicher Schadensbegrenzung auf ein mögliches Ende nationalsozialistischer Herrschaft einzustellen.

Seine Lageberichte als Reichskommissar für die deutsche Seeschifffahrt kennzeichneten die aussichtslose militärische Situation mit ungewöhnlicher Deutlichkeit¹³¹. Ende Mai 1944 eröffnete ihm Generalfeldmarschall Rommel in einem vertraulichen Gespräch, daß er mit seinen schwachen Kräften eine Invasion im Westen nicht dauerhaft würde aufhalten können. Gesprächsweise erörterten beide daraufhin die Möglichkeit einer Teilkapitulation im Westen, um die schwindenden Kräfte der Wehrmacht an die Ostfront zu werfen¹³². Rommels Frage, ob sich Hitler zu einem sol-

¹²⁷ StaHh, Familie Ahrens 26, Bd. 1, Bl. 2 (Erklärung Ahrens).

¹²⁸ Ralf Georg Reuth (Hrsg.), Joseph Goebbels. Tagebücher, Bd. 5, München 1992, S. 1946, Eintragung vom 29.7. 1943.

¹²⁹ Vgl. Karl Kaufmann, Bei Hitler in Rastenburg, in: Archiv Fst., Fasc. 11/K 21.

¹³⁰ Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 470.

¹³¹ BAK, R 3/1585, Bl. 65–68, Kaufmann an Speer vom 26.5. 1944.

¹³² Archiv Fst, Fasc. 11/K 21, Erinnerungsschrift Kaufmanns über die Begegnung mit Rommel; die Angaben Kaufmanns werden bestätigt durch einen Brief Hans Speidels an Heinrich Heffter vom 28.9. 1953, mit der Mitteilung Speidels, „daß Generalfeldmarschall Rommel mir unter dem unmittelbaren Eindruck der Aussprache mit Herrn Kaufmann mitgeteilt hat, daß Gauleiter Kaufmann von der Notwendigkeit überzeugt sei, zur Rettung des Reiches zu einer alsbaldigen Beendi-

chen Schritt bereit finden könnte, beantwortete Kaufmann angesichts seiner Erfahrungen sehr skeptisch. In Anbetracht der alliierten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation waren solche Gedankenspiele ohnehin eine Illusion, sie zeigen aber, daß Kaufmann über Alternativen zum bedingungslosen Kriegskurs Hitlers zumindest nachdachte, ohne daraus freilich entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Privat richtete sich Kaufmann allerdings seit 1944 auf eine Zeit nach dem Nationalsozialismus ein. Am 1. Oktober 1944 ließ er seine Frau in den Pachtvertrag über den Duvenstedter Brook aufnehmen, den er seit 1939 auf Kosten des Steuerzahlers zu einem Privatdomizil mit privater Jagd ausgebaut hatte. Hier hortete Kaufmann in den letzten Kriegsmonaten große Mengen Lebens- und Genußmittel, die unter Verwendung von Devisen im Ausland beschafft wurden, darunter allein über 1000 Flaschen Wein und Spirituosen¹³³. Angesichts seines politischen und persönlichen Verhaltens in den letzten beiden Kriegsjahren wird auch seine Entscheidung plausibel, den Alliierten das völlig zerstörte Hamburg am 3. Mai 1945 kampflos zu übergeben. Nach einer letzten Unterredung mit Hitler am 3. April 1945, die angesichts unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten in betont frostiger Atmosphäre verlaufen war, hatte Kaufmann zielgerichtet auf eine kampflose Kapitulation Hamburgs hingearbeitet, in enger Zusammenarbeit mit Reichsminister Speer sinnlose Zerstörungsaktionen verhindert und die englische Führung über einen Mitarbeiter der deutschen Gesandtschaft in Stockholm bereits Mitte April 1945 über seine Absicht zur kampflosen Übergabe Hamburgs informiert. Kaufmann brachte den für viele Nationalsozialisten typischen Zynismus nicht auf, durch einen besonders opferreichen Untergang, durch die Totalität einer Niederlage sich die negative Größe der eigenen Person noch einmal bestätigen zu lassen. Dies allein bildet die schmale Basis der nach 1945 verbreiteten Rechtfertigungslegenden, die freilich die systematische Vernichtung von Teilen der Bevölkerung ebenso wie die weitgehende Zerstörung Hamburgs als Folge des nationalsozialistischen Krieges geflissentlich ignorieren – und damit die größten Brüche in der neuzeitlichen Geschichte der Hansestadt, die sich auch durch einebnende Kontinuitätsdiskussionen nicht verkleinern lassen.

9. Zwischen politischem Comeback und Rückkehr in die Bürgerlichkeit

Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Hamburg am 3. Mai 1945 wurde Kaufmann verhaftet und verblieb bis zu seiner Entlassung aus gesundheitlichen Gründen¹³⁴ im Oktober 1948 interniert. Während seiner Internierungshaft schloß

gung des Krieges zu kommen, und ihm auch sonst sein Herz ausgeschüttet habe“, in: Ebenda. Als ein Ergebnis dieses Gespräches versuchte Rommel, Kaufmann als persönlichen Beauftragten für die Reaktivierung des zerbombten französischen Transport- und Kanalsystems zu gewinnen – ein Vorhaben, das jedoch am Einspruch des Reichsverkehrsministeriums und der Parteikanzlei scheiterte.

¹³³ StaHH, Finanzbehörde/Liegenschaftsverwaltung 445-900/1 II, Erklärung des Forstwarts Eggers vom 13. 8. 1947.

¹³⁴ Kaufmann war im Juni 1946 als Zeuge der Verteidigung zum Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß geladen worden. Auf der Fahrt zum Prozeß überschlug sich das Transportfahrzeug. Dabei erlitt

sich Kaufmann der „Bruderschaft“ an, einer ebenso losen wie im Selbstverständnis elitären rechtsradikalen Untergrundorganisation aus ehemaligen NS-Aktivisten, Wehrmacht- und SS-Offizieren, die der Ideologie des Strasser-Sozialismus nahestand¹³⁵. Ein interner Organisationsplan sah vor, daß sich die „Bruderschaft“ als „Deutscher Orden“ mit Kaufmann als „Hochmeister“ konstituieren sollte, doch scheiterte dieser erste politische Comebackversuch des ehemaligen Gauleiters, als die „Bruderschaft“ 1950/51 an ihren inneren Gegensätzen zerbrach.

Einen zweiten Anlauf unternahm Kaufmann als Mitglied des „Naumann-Kreises“ um den ehemaligen Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Dr. Werner Naumann, der sich eine Unterwanderung von BHE, DP und FDP zum Ziele gesetzt hatte, um eine „nationale Sammlungsbewegung“ zu schaffen¹³⁶. In diesem Zusammenhang führte Kaufmann, der in Hamburg einen „Herrenklub“ ehemaliger NS-Führer um sich versammelt hatte, darunter den Reichsstudentenführer und Gauleiter Dr. Scheel und den Reichsjugendführer Axmann, politische Sondierungsgespräche u. a. mit dem BHE-Bundesvorsitzenden Kraft¹³⁷ und dem niedersächsischen FDP-Landesvorsitzenden Stegner. Mit der Verhaftung des „Naumann-Kreises“ und damit auch Kaufmanns am 15. 1. 1953 endete allerdings auch dieser Versuch, sich im Nachkriegsdeutschland politisch zu betätigen. Nachdem ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg gegen Kaufmann wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zwar zur Formulierung einer Anklageschrift, nicht aber zur Eröffnung eines Hauptverfahrens geführt hatte, zog sich Kaufmann als Privatier in die Bürgerlichkeit zurück. Ende der fünfziger Jahre trat er als Seniorchef in ein Versicherungsunternehmen ein, das der ehemalige kommissarische Gauwirtschaftsberater der Hamburger NSDAP, Dr. Otto Wolff, gegründet hatte¹³⁸. Außerdem fungierte Kaufmann als Teilhaber einer chemischen Fabrik. Bis zu seinem Tode am 4. 12. 1969 lebte Kaufmann unbehelligt und wohl situiert in Hamburg, ohne daß er sich je hätte gerichtlich verantworten müssen.

Kaufmann schwere Verletzungen, die mehrmonatige Lazarett- und Krankenhausaufenthalte zur Folge hatten. Vgl. Ermittlungsverfahren Kaufmann, StA-LGHH, Handakte Bd. I, Bl. 71; zur Aussage Kaufmanns in Nürnberg siehe: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XX, S. 32 ff.

¹³⁵ Zur Geschichte der „Bruderschaft“ siehe u. a. Kurt P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*, Middletown/Connecticut 1967, Bd. 1, S. 122 ff.

¹³⁶ Zum Naumann-Kreis siehe u. a. Manfred Jenke, *Verschönerung von Rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945*, Berlin 1961, S. 161 ff.

¹³⁷ Eigene Angabe Krafts im Bonner Generalanzeiger vom 28. 2. 1953, zit. nach der Broschüre: *Um die Verhaftung des „Naumann-Kreises“*, zusammengestellt vom Vorstand der SPD, März 1953, S. 20/21.

¹³⁸ Archiv Fst., Fasc. 12 (Personalakte Kaufmann).